



110. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 27. November 2020

Mitteilungen des Präsidenten	5	Christian Loose (AfD).....	5
Vor Eintritt in die Tagesordnung	5	André Stinka (SPD).....	6
Änderung der Tagesordnung.....	5	Henning Rehbaum (CDU).....	8
1 ThyssenKrupp – Die Deindustrialisierung NRWs geht weiter voran. Was macht die Landesregierung, um die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig zu halten?		Dietmar Brockes (FDP).....	9
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11895		Matthi Bolte-Richter (GRÜNE).....	10
<u>In Verbindung mit:</u>		Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart.....	12
Corona-Krise gefährdet die Zukunft einer modernen Stahlindustrie an Rhein und Ruhr – den Ausverkauf der Stahlsparte von ThyssenKrupp verhindern		Sarah Philipp (SPD).....	15
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11896		Petra Vogt (CDU).....	16
<u>In Verbindung mit:</u>		Herbert Strotebeck (AfD)	17
Weiterer Stellenabbau bei ThyssenKrupp – Arbeitsplätze möglichst weitgehend erhalten und Unternehmenstransformationsprozess begleiten und unterstützen		Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart.....	18
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/11897	5	André Stinka (SPD).....	19
		2 Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW).....	19
		Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/11846	19
		Ergebnis.....	20
		3 Prävention gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest durch verstärkte Schwarzwildbejagung – Nachtzieltechnik erlauben	
		Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/11846	20

Rainer Deppe (CDU)	20
Stephan Haupt (FDP)	21
Annette Watermann-Krass (SPD)	21
Norwich Rüße (GRÜNE)	22
Sven Werner Tritschler (AfD)	23
Ministerin Ursula Heinen-Esser	24
Ergebnis	25

4 Wie hoch ist der Investitionsstau bei der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen?

Große Anfrage 27 der Fraktion der SPD Drucksache 17/9653	25
Sarah Philipp (SPD)	26
Minister Lutz Lienenkämper	27
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	27

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/11841 erste Lesung	28
Berivan Aymaz (GRÜNE)	28

Zur Geschäftsordnung

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	29
Ergebnis	29
Marc Blondin (CDU)	29
Ellen Stock (SPD)	30
Stefan Lenzen (FDP)	31
Gabriele Walger-Demolsky (AfD)	32
Minister Dr. Joachim Stamp	33
Ergebnis	34

6 Unser Land, unsere Regeln – Türkische Nationalisten auf deutschem Boden in ihre Schranken weisen, Graue Wölfe verbieten!

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11848	34
Ergebnis	34

7 Impulse aus Nordrhein-Westfalen für ein Energiesystem der Zukunft

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/11844 Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11960	34
--	----

Dr. Christian Untrierer (CDU)	34
Dietmar Brockes (FDP)	36
André Stinka (SPD)	36
Wibke Brems (GRÜNE)	37
Christian Loose (AfD)	38
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	39

Ergebnis	41
----------------	----

Siehe auch unter ‚Nachtrag zur Abstimmung zu TOP 7 der 110. Plenarsitzung‘ im Plenarprotokoll der 111. Sitzung nach TOP 2

8 Von der Illusion zur Realität – Mangel im sozialen Wohnungsbau gerecht verteilen

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11851	41
---	----

Roger Beckamp (AfD)	41
Fabian Schrupf (CDU)	42
Stefan Zimkeit (SPD)	43
Stephen Paul (FDP)	43
Arndt Klocke (GRÜNE)	43
Ministerin Ina Scharrenbach	44

Ergebnis	45
----------------	----

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Armin Laschet
(ganztägig; vertr. Min Dr. Stamp)
Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner
(ganztägig; vertr. Min Heinen-Esser)

Jörg Blöming (CDU)
Guido Deus (CDU)
Björn Franken (CDU)
Anke Fuchs-Dreisbach (CDU)
Katharina Gebauer (CDU)
Daniel Hagemeier (CDU)
Wilhelm Hausmann (CDU)
Oliver Kehrl (CDU)
Kirstin Korte (CDU)
Wilhelm Korth (CDU)
Oliver Krauß (CDU)
Ralf Nettelstroth (CDU)
Dr. Patricia Peill (CDU)
Peter Preuß (CDU)
Charlotte Quik (CDU)
Jochen Ritter (CDU)
Thorsten Schick (CDU)
Hendrik Schmitz (CDU)
Daniel Sieveke (CDU)
Andrea Stullich (CDU)
Raphael Tigges (CDU)
Margret Voßeler-Deppe (CDU)
Simone Wendland (CDU)
Heike Wermer (CDU)

Britta Altenkamp (SPD)
Andreas Becker (SPD)
Jürgen Berghahn (SPD)
Andreas Bialas (SPD)
Dr. Nadja Büteföhr (SPD)
Anja Butschkau (SPD)
Frederick Cordes (SPD)
Christian Dahm (SPD)
Gordan Dudas (SPD)
Gabriele Hammelrath (SPD)
Wolfgang Jörg (SPD)
Stefan Kämmerling (SPD)
Christina Kampmann (SPD)
Andreas Kossiski (SPD)
Hannelore Kraft (SPD)
Hubertus Kramer (SPD)
Thomas Kutschaty (SPD)
Frank Müller (SPD)
Norbert Römer (SPD)
Sven Wolf (SPD)
Ibrahim Yetim (SPD)

Horst Becker (GRÜNE)
Sigrid Beer (GRÜNE)
Monika Düker (GRÜNE)

Stefan Engstfeld (GRÜNE)
Johannes Remmel (GRÜNE)

Alexander Brockmeier (FDP)
Markus Diekhoff (FDP)
Jörn Freynick (FDP)
Martina Hannen (FDP)
Bodo Middeldorf (FDP)
Franziska Müller-Rech (FDP)

Alexander Langguth (fraktionslos)
Markus Pretzell (fraktionslos)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie zu unserer heutigen, der 110. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Die Namen der für heute **entschuldig**ten Abgeordneten werden entsprechend in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die heutige Tagesordnung um einen Tagesordnungspunkt 2 neu mit dem Titel „Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW)“ Drucksache 17/11990 zu ergänzen.

Eine Aussprache zu diesem neuen Tagesordnungspunkt soll nicht stattfinden. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Wir kommen somit zur Aktuelle

1 ThyssenKrupp – Die Deindustrialisierung NRW geht weiter voran. Was macht die Landesregierung, um die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig zu halten?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11895

In Verbindung mit:

Corona-Krise gefährdet die Zukunft einer modernen Stahlindustrie an Rhein und Ruhr – den Ausverkauf der Stahlsparte von ThyssenKrupp verhindern

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11896

In Verbindung mit:

Weiterer Stellenabbau bei ThyssenKrupp – Arbeitsplätze möglichst weitgehend erhalten und Unternehmenstransformationsprozess begleiten und unterstützen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11897

Die Fraktion der AfD, die Fraktion der SPD sowie die Fraktionen von CDU und FDP haben jeweils mit Schreiben vom 23. November gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der AfD dem Abgeordneten Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tausende Arbeitsplätze werden abgebaut, Tausende Familien sind in ihrer Existenz bedroht.

Die Zahlen der Bilanzpressekonferenz von thyssenkrupp haben uns alle erschüttert. Deshalb ist es an der Zeit, nach Lösungen zu suchen. Aber bevor wir damit anfangen, müssen wir natürlich wissen, was der Kern des Problems ist. Warum ist thyssenkrupp überhaupt in Schieflage geraten?

Das ganze Drama bei thyssenkrupp fing vor mehr als zehn Jahren an, als sich die Manager in Brasilien spekuliert haben. Milliarden wurden versenkt. Damals hatte man trotzdem noch ein gutes Finanzpolster, sodass das Unternehmen das hätte auffangen können. Aber in dieser Situation kamen Probleme in Deutschland dazu, Probleme, die von den Politikern verursacht wurden. Es kam zum überhasteten Kernenergieausstieg, es kam zum ideologischen Kohleausstieg, beides Geschäftsfelder von thyssenkrupp; denn beim Bau von Kraftwerken braucht man sehr viel Stahl. Doch dieses Geschäftsfeld wurde politisch zerstört, auch mit der Hilfe von Minister Herr Pinkwart und dem Ministerpräsidenten Herr Laschet.

Die Menschen, die jetzt um ihren Arbeitsplatz fürchten, sind auch die Opfer Ihrer Politik, Herr Pinkwart.

Aber auch ein zweites Geschäftsfeld von thyssenkrupp wurde politisch zerstört. Das ist der Automobilsektor. Dieser wird systematisch aus Brüssel durch Ihre Freundin Frau von der Leyen zerstört. Dazu nimmt man beispielsweise einfach absurde Werte für den Benzinverbrauch, die kein Auto technisch mehr erfüllen kann, oder die neue EU-Norm 7, die kommen und dafür sorgen soll, dass die Abgaswerte so gering sind, dass sie eigentlich nicht einmal mehr messbar sind. Man reguliert damit die Automobilindustrie kaputt. Milliarden Strafen aus der EU drohen.

So ist es nicht verwunderlich, dass neben VW inzwischen auch BMW angekündigt hat, Fabriken für Verbrennerautos nur noch im Ausland zu bauen. Während Sie hier vom E-Auto träumen, hat die knallharte Realität Einzug in die Automobilbranche erhalten.

Vor zwei Tagen erreichte uns die nächste Schicksalsnachricht. Wieder gibt es eine Insolvenz bei einem Automobilzulieferer. Diesmal trifft es 350 Mitarbeiter in Drolshagen bei der Firma Huhn. Immer weniger Autos, die in Deutschland produziert werden, immer weniger Zuliefererbetriebe.

Alle brauchen weniger Stahl für ihre Maschinen, alle brauchen weniger Stahl für ihre Produkte. Auch das belastet dann thyssenkrupp.

Damit haben wir drei zentrale Punkte für den Niedergang von thyssenkrupp ermittelt. Erstens: Managementversagen in Brasilien. Zweitens: Politische Zerstörung des Kraftwerkmarktes. Drittens: Politische Zerstörung der Automobilindustrie.

Jetzt, wo wir die Probleme kennen, sollten wir uns einmal die Lösungen, die auf dem Tisch liegen, anschauen. Eine vermeintliche Lösung der SPD ist, der Staat sei der bessere Unternehmer und müsse bei thyssenkrupp einsteigen.

Erstens löst das die politische Zerstörung der Geschäftsfelder von thyssenkrupp nicht, und zweitens hat der Staat schon mehrfach bewiesen, dass er eben nicht der bessere Unternehmer ist. Bestes Beispiel ist der Kauf von STEAG durch einige Ruhrgebietsstädte, Ruhrgebietsstädte hauptsächlich mit SPD-Beteiligung. Ergebnis dieser Übernahme von STEAG: Tausende verlieren ihren Job, und die Kommunen haben mehrere 100 Millionen Euro versenkt, mehrere 100 Millionen Euro Steuerzahlergelder von den Fleißigen, die das alles in Deutschland wieder erwirtschaften müssen.

Die nächste Lösung durch die anderen Parteien hier: Sie wollen thyssenkrupp dazu zwingen, teurer zu produzieren, indem diese Wasserstoff im Produktionsprozess einsetzen. Mehrkosten: 30 %. Ganz im Ernst, jeder ehrliche Kaufmann würde Sie jetzt fassungslos anschauen und sich fragen, wie es einem Unternehmen helfen soll, seine Produkte zu verkaufen, wenn die Produktion immer teurer wird.

Aber Sie haben ja schon eine Lösung: Sie schütten mehrere Milliarden Euro an thyssenkrupp aus, und die freuen sich: – Ja, dann machen wir beim Wasserstoff mit. – Abgesehen davon wissen Sie noch nicht einmal, woher der Wasserstoff kommen soll. Auch diese vorgebrachte – vermeintliche – Lösung löst die Probleme bei den zerstörten Geschäftsfeldern nicht. Die richtige Lösung wäre also:

Erstens. Stärkung der Stromversorgung durch ein Kraftwerksprogramm, in dem technologieoffen Versorgungssichere Leistung für die Stromversorgung ausgeschrieben wird.

Zweitens. Stärkung der Automobilindustrie durch ein Einfrieren der EU-Abgasnorm auf den Stand der EU-Norm 6 und Wegfall aller Verbrauchsvorgaben für die Autos. Denn kein Autohersteller kann die sogenannten CO₂-Vorgaben – es geht ja um die Vorgaben, wieviel Benzin verbraucht werden darf – noch erfüllen.

Die Menschen wählen jeden Tag. Wir haben eine direkte Demokratie. Die wissen, was sie kaufen wollen. Die kaufen Ihre Elektroautos nicht. Weltweit machen Elektroautos nur einen Anteil von 0,67 % aus – da sind auch schon die Hybridautos mitberücksichtigt. Die Menschen wissen, was sie kaufen wollen. Sie wollen Ihre Elektroautos nicht. Sie wollen Verbrennerautos, mit denen man sicher durch die Stadt fahren oder auch einmal eine längere Reise auf das Land unternehmen kann. Also: Stärken Sie die Automobilindustrie, statt sie zu schwächen.

Drittens. Reduzierung der Ausschreibung für Stahlprodukte auf Länder, die faire Wettbewerbsbedingungen einhalten. Wir dürfen uns nicht mehr auf das Stahldumping durch die chinesischen Kommunisten einlassen. Ein Desaster wie bei der Leverkusener Brücke darf es nicht mehr geben.

Wenn Sie diese drei Dinge beherzigen, dann können die Arbeitsplätze der Mitarbeiter in der Automobilindustrie, in den Kraftwerken und auch bei thyssenkrupp erhalten bleiben. Zehntausende Familien mit Beschäftigten bei thyssenkrupp, zehntausende Familien im Automobilbereich würden es Ihnen danken. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann für uns Sozialdemokratinnen sagen, dass wir stolz auf unsere moderne, innovationsstarke Stahlindustrie sind, die in den vergangenen Jahren Milliarden Euro in neue Technologien und Anlagen investiert hat und damit heute zu den saubersten und innovativsten Unternehmen der Welt gehört.

Unser Stahl leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende. Denn viele Innovationen – beispielsweise bei der Windkraft oder bei leichteren Werkstoffen für die Automobilindustrie – wären ohne unseren modernen Stahl aus Nordrhein-Westfalen gar nicht möglich.

Kolleginnen und Kollegen, ist es vor diesem Hintergrund nicht erschreckend, dass 27.000 Beschäftigte bei thyssenkrupp nicht wissen, wie es für sie weitergeht, und um ihren Job bangen? Denn der Konzern hat angekündigt, dass neben den bereits geplanten

6.000 Stellenkürzungen ein weiterer Abbau von 5.000 Stellen angedacht ist. Wo bleibt da die Zukunftsperspektive?

Wir Sozialdemokratinnen kämpfen dafür, eine moderne Stahlindustrie als Kern industrieller Wertschöpfungsketten in Nordrhein-Westfalen in relevanter Größe zu erhalten und zu modernisieren. Es geht uns um jeden einzelnen Arbeitsplatz – sowohl in der Stahlindustrie als auch in den dahinter hängenden Wertschöpfungsketten. Das ist für uns in der SPD-Fraktion keine Nostalgie. Denn wer über Zukunft spricht, der muss Zukunft mit den Menschen gestalten.

(Beifall von der SPD)

Gerade Stahl ist ein Grundstoff für Zukunftstechnologien und -märkte. Besonders im Hinblick auf das Funktionieren von Wertschöpfungsketten – sei es in der Automobilindustrie, sei es in der Windenergie oder bei der Elektromobilität. Stahl hat in all den Bereichen, über die wir heute sprechen, in der Vergangenheit gesprochen haben und in der Zukunft sprechen werden, eine Schlüsselrolle – gerade auch bei der Wasserstoffnutzung.

Deshalb darf es nicht sein, dass unser Stahl von Stahl, der unter schlechteren Arbeitsbedingungen – ich betone noch einmal: Arbeits- und Umweltbedingungen – produziert wird, vom Markt verdrängt wird. Fairer Wettbewerb sieht anders aus.

Die Verfehlungen und das Missmanagement, die zu mehr als dieser brisanten Situation bei thyssenkrupp Steel geführt haben, haben wir im Plenum und im Wirtschaftsausschuss hinlänglich erörtert und diskutiert. Deshalb möchte jetzt gar nicht näher darauf eingehen. Dazu beigetragen hat die Expansion in Brasilien und auch in den USA, bei der Milliarden Euro verbrannt worden sind. Wer hat daran mitgewirkt, Kolleginnen und Kollegen? – Der frühere thyssenkrupp Stahlchef Premal Desai. Wer jetzt bei den Verhandlungen an Zufälle glaubt oder dies auch nicht tut, der muss es schon mehr als verwunderlich finden, dass ausgerechnet dieser frühere Ex-Chef nun im Führungsgremium der Liberty Steel sitzt, die ein Kaufangebot abgegeben hat. Ob das für die Verhandlungen vielversprechend, gut oder schlecht ist, mag man doch bezweifeln.

Kolleginnen und Kollegen, sowohl der Wirtschaftsminister als auch wir bauen immer darauf, dass Vertrauen und Akzeptanz in der Belegschaft vorhanden sein müssen, um Strukturwandel durchzuführen. Wer sich, wie Herr Laumann in seiner Rede gestern, hier als Betriebsrat der Nation in Nordrhein-Westfalen aufspielt, der muss die Frage beantworten, wie ich dem Pfortner, dem Ingenieur oder der Schreibkraft bei thyssenkrupp Steel vermitteln kann, dass derjenige, der dafür gesorgt hat, dass die Lage so brisant ist, jetzt in dem Unternehmen sitzt, in dem solche Entscheidungen gefällt werden und der sich be-

teiligen will. Das geht nicht. So sieht Akzeptanz und Vertrauen nicht aus.

(Beifall von der SPD)

Minister Pinkwart scheint aber von der Offerte von Liberty Steel – wie man dem Handelsblatt entnehmen kann – ganz angetan zu sein und spricht

„von einem begründeten Konzept, das sehr stark von der Transformation zu grünem Stahl geleitet wird.“

Herr Minister, wenn sich die Situation so zuspitzt, wie wir es zurzeit sehen, dann gibt es die Beschäftigten gar nicht mehr, die sich um den grünen Stahl kümmern können. Das ist die Sorge der SPD-Fraktion, die uns heute hier veranlasst, noch einmal deutlich das Wort zu ergreifen.

Wir Sozialdemokratinnen wollen, dass der Stahlstandort Zukunft hat. Dazu gehört sicherlich auch die Entwicklung von grünem Stahl – auch im Hinblick auf Klimaschutz –, aber das alleine ist nicht ausreichend, um den Stahlstandort zu sichern. Es bedarf eines Zukunftskonzepts und – für die Zukunftsinvestitionen – einer gesicherten Finanzierung, damit die Stahlsparte eine Perspektive und Planungssicherheit hat.

Vor diesem Hintergrund findet es die SPD-Landtagsfraktion mehr als fragwürdig, dass Sie, Herr Minister, gegenüber dem Handelsblatt bereits zu diesem Zeitpunkt eine Beteiligung des Landes ausgeschlossen haben, obwohl die Debatte noch läuft und das Spitzengespräch, das anstelle des Stahlgipfels geplant ist, noch gar nicht stattgefunden hat. Wir müssen doch – so verstehe ich auch Ihre Wirtschaftspolitik – alle Möglichkeiten in Erwägung ziehen, um dazu beizutragen, dass der Stahlstandort Nordrhein-Westfalen eine Zukunft hat. Eine Staatsbeteiligung hat Vor- und Nachteile, aber Offenheit dafür dürfen wir in dieser prekären Lage schon erwarten.

Ministerpräsident Armin Laschet und Sie haben die Systemrelevanz von Stahl immer beteuert. Jetzt schließen Sie bereits eine Tür, die eine Lösung und zumindest Teil einer Lösung sein könnte. Verständnis dafür ernten Sie bei der SPD-Fraktion nicht. Wenn Ihnen die Zukunft des Stahls, die über Worte hinaus gehen muss, wichtig ist, dann haben Sie gleich im Parlament die Chance, zu erläutern, wie Sie zu dieser Entscheidung kommen. Sie stehen in der Verantwortung. Wir erwarten von Ihnen nicht nur warme Worte und die Verabschiedung von industriepolitischen Leitlinien im Kabinett. Sie müssen diese Frage mit Leben füllen und die Beschäftigten auf dieser Reise mitnehmen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns weiterhin für die Beschäftigten und für die Zukunft des Stahlstandortes Nordrhein-West-

falen stark machen. Das beinhaltet mehr, als Türen zuzuschlagen. Deswegen freuen wir uns auf die Debatte und vielleicht auf Erläuterungen aus Ihrem Munde, wie Sie sich die Situation vorstellen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Herr Rehbaum.

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch vor zwei Wochen haben wir an gleicher Stelle zur Lage von thyssenkrupp debattiert. Seitdem hat sich die Informationslage weiter verdichtet. Die Nachrichten aus Essen werden nicht besser. Mittlerweile geht es laut Konzernchefin Merz um 11.000 Stellen, die im Gesamtkonzern abgebaut werden sollen. Das ist eine Hiobsbotschaft.

Dazu kommt der konzernweite Verlust von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr, davon entfällt allein 1 Milliarde Euro auf den Stahlbereich. Das bedeutet, dass auch in den übrigen – nach Verkauf der Aufzugssparte – verbleibenden Geschäftsbereichen 600 Millionen Euro Verlust jährlich auflaufen.

Damit ist die Schieflage thyssenkrupps nicht nur ein massives aber lokales Thema im Ruhrgebiet. Nein, bis nach Südwestfalen und ins Münsterland hinein stehen Niederlassungen von thyssenkrupp, in denen mit vielen Tausend Fachkräften Industrieanlagen, Marinetchnik, Elektrolyseure für die Wasserstoffherstellung und viele andere Produkte für den Weltmarkt entworfen und hergestellt werden.

Thyssenkrupp ist Dreh- und Angelpunkt für lange industrielle Wertschöpfungsketten mit unzähligen Arbeitsplätzen. Auch deshalb hat die NRW-Koalition großes Interesse an einer guten Zukunft des Essener Traditionskonzerns und dem Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Dass nicht nur wir, sondern auch zwei Oppositionsfraktionen eine Aktuelle Stunde zu thyssenkrupp beantragt haben, zeigt die parteiübergreifende Einschätzung der Lage. Zigtausende Familien leben von und mit thyssenkrupp. Sie alle brauchen Planungssicherheit und eine gute Zukunft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

„Erst am Dienstag, den 17.11., musste Thyssenkrupp bekannt geben, dass der letzte derzeit verbliebene Kaufinteressent für das Grobblechwerk

in Duisburg abgesprungen und die Wahrscheinlichkeit einer Schließung des Werkes mit 800 Mitarbeitern damit stark gestiegen ist.“,

heißt es im SPD-Antrag.

Seitdem gibt es eine neue Entwicklung. Die „WAZ“ meldet, dass die Dillinger Hütte bzw. Saarstahl Interesse an dem Grobblechwerk prüft. Anfang Januar übernimmt Karl-Ulrich Köhler, ehemaliger Vorstand bei thyssenkrupp Steel die Leitung der Dillinger Hütte und von Saarstahl. Jetzt hat Köhler mögliches Interesse an dem Werk geäußert, er sei der Auffassung, dass jetzt für alle noch mal die Gelegenheit sei, ihre Argumentationslage zu überprüfen. So Köhler gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters.

Die Dillinger Hütte ist nach eigenen Angaben weltweit führender Hersteller von Grobblechen. Wir als CDU-Fraktion hoffen sehr, dass die beteiligten Unternehmen zu positiven Ergebnissen kommen und das Grobblechwerk in Duisburg damit eine Zukunft bekommt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Die SPD fragt, ob es für Nordrhein-Westfalen eine Landesstrategie gibt, die das „Handlungskonzept Stahl“ des Bundes ergänzt und unterstützt. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, die gibt es. Die NRW-Landesregierung hat ein umfangreiches Paket vorgelegt, das in Summe zu einer Stärkung des Industrie- und damit auch des Stahlstandorts Nordrhein-Westfalen beiträgt – das industriepolitische Leitbild, die Energieversorgungsstrategie, die Wasserstoff-Roadmap. Wir haben schon intensiv darüber debattiert.

Wichtig ist vor allem eine Erkenntnis: Die europäische und internationale Stahlindustrie hat strukturelle Schwierigkeiten wie Überkapazitäten, Dumpingpreise und Handelshemmnisse, die durch Aktionen einzelner Bundesländer nicht gelöst werden können. NRW hat sich deshalb aktiv und gestaltend in die Konzeption des „Handlungskonzepts Stahl“ auf Bundesebene eingebracht und zudem die „Allianz für Stahl“ mit initiiert.

Ein Staatseinstieg erweckt große Hoffnungen, ist aber per se kein Allheilmittel für strukturelle Probleme. Auch beseitigt er keine Überkapazitäten im Markt. Auch die Vision einer Deutschen Stahl AG wird wieder benannt. Doch weder Salzgitter noch Saarstahl ziehen eine Fusion der deutschen Stahlproduzenten ernsthaft in Erwägung; sie haben diese stets öffentlich abgelehnt.

„Ruhrbischof“ Franz-Josef Overbeck hat angesichts des verschärften Stellenabbaus bei thyssenkrupp dazu aufgerufen, nach außergewöhnlichen Antworten auf die Krise des Stahl- und Industriekonzerns zu suchen. Die derzeit extrem schwierige Lage von thyssenkrupp sei ganz wesentlich auch auf die Coronapandemie zurückzuführen, sagt Bischof Overbeck.

Ich zitiere den Bischof mit Erlaubnis des Präsidenten:

„In einer solchen außerordentlichen Krise sind außergewöhnliche Antworten nötig, die man in normalen Zeiten so nicht in Erwägung ziehen würde.“

Ja, ein möglicherweise entscheidender Teil der Misere bei thyssenkrupp beruht auf coronabedingten Umsatzeinbrüchen, insbesondere in der Automobilindustrie.

Für systemrelevante Großunternehmen, die durch Corona in existenzielle Schwierigkeiten geraten, hat die Bundesregierung den Wirtschaftsstabilisierungsfonds ins Leben gerufen. Auf den ersten Blick scheint der Wirtschaftsstabilisierungsfonds das Mittel der Wahl zu sein, um thyssenkrupp Steel direkt zu unterstützen und Liquidität zu sichern. Gespräche unter Einbeziehung des Landes NRW dazu laufen. Der Bund ist in der Hauptverantwortung, die Modalitäten mit dem Unternehmen zu klären.

Zur Frage einer Übernahme oder Fusion gibt es unterschiedliche Informationen, ob Liberty Steel, die schwedische SSAB oder ein zweiter Anlauf der damals gescheiterten Fusion mit Tata Steel. Wir als Landespolitiker legen Wert darauf, dass Standorte und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Und auch so viel sei gesagt: Dass mit Premal Desai, der Ex-Stahlchef von thyssenkrupp, jetzt bei Liberty am Tisch sitzt, stößt vielen sauer auf. Doch sollte es in dieser Situation verständlich sein, dass Eigentümer und Aufsichtsgremien Angebote, die eingehen, sorgfältig prüfen und beraten, selbstverständlich unter aktiver Einbeziehung der Betriebsräte, die schon beim ersten Anlauf zu einer Fusion mit Tata Steel sehr verantwortungsvoll agierten.

Unabhängig von einer Fusion und/oder einer Bundeshilfe über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds ist für alle deutschen Stahlhersteller wichtig, die europäischen Handelsbeschränkungen für chinesischen Dumpingstahl zu erhalten, zu wirksamen Maßnahmen gegen Carbon Leakage zu kommen und den Regierungswechsel in den USA zu nutzen, um dort wieder ins Geschäft zu kommen.

Hinzu kommt die Daueraufgabe eines wettbewerbsfähigen Industriestandorts Nordrhein-Westfalen und die Zukunftsinvestitionen in die Umstellung der Hochöfen auf klimafreundliche Stahlproduktion. Auch diese Herausforderung ist milliardenschwer, hat aber große Aussichten, eine NRW-Erfolgsgeschichte zu werden.

Ich komme zum Schluss. Bei der Frage der Stärkung des Industriestandorts und der Umrüstung von Stahlwerken auf Wasserstoff hat NRW industriepolitisch bundesweit die Poleposition, und nach der „H2“, der Wasserstoff-Weltpremiere am 11.11. des letzten Jahres bei thyssenkrupp, werden viele Millionen

Euro Landesmittel in die Umstellung der Stahlproduktion auf grünen Stahl fließen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Thyssenkrupp hat im Zusammenhang mit Corona und internationalen Handelsauseinandersetzungen die Hände des Bundes für sich da. Die Landesregierung steht im Interesse zigtausender Arbeitsplätze und wichtiger industrieller Wertschöpfungsketten dem Bund bei diesen wichtigen Entscheidungen mit Rat und Tat zur Seite.

Unsere Unterstützung als NRW-Koalition hat der Bund. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FDP spricht der Abgeordnete Brockes.

Dietmar Brockes³⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Thyssenkrupp hat einen weiteren erheblichen Stellenabbau angekündigt. Die Rede ist von insgesamt 11.000 Arbeitsplätzen. Diese Entscheidung markiert den bisher größten Sparkurs des Unternehmens, sie stellt aber auch einen tiefgreifenden Einschnitt in den nordrhein-westfälischen Industriestandort dar.

Das Unternehmen hat eine lange Tradition. Es hat über Generationen hinweg entscheidend zur Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung in Nordrhein-Westfalen beigetragen und unseren Industriestandort entsprechend deutlich mitgeprägt.

Aber wir reden wir hier nicht nur über die Probleme beim Stahlgeschäft von thyssenkrupp Steel. Der Konzern insgesamt befindet sich in erheblicher wirtschaftlicher Schiefelage, insbesondere auch aufgrund von Fehlentscheidungen des Managements in der Vergangenheit. Seit Jahren stehen dadurch keine Gelder für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung, was sich auch auf die Erneuerung der Produktion und Anlagen auswirkt.

Die Vorstandsvorsitzende von thyssenkrupp, Frau Martina Merz, geht das Thema jetzt an. Sie will dem Konzern eine neue Struktur geben. Ihr Plan sieht vor, eine Sparte zu verkaufen, das Stahlgeschäft abzutrennen, und eine Sparte soll im Unternehmen bleiben.

Meine Damen und Herren, wir erleben derzeit einen weltweiten Umbau der Stahlindustrie. Die Investitionen für den erforderlichen Transformationsprozess und den Umbau hin zu klimaneutralen Anlagen bewegen sich in einer Höhe von 3 bis 10 Milliarden Euro. Es gibt für uns keinen Zweifel: Stahl als Ganzes ist systemrelevant und für ganz Deutschland, für

Europa und für die Wertschöpfungsketten in Nordrhein-Westfalen von essenzieller Bedeutung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das zeigen auch und gerade die aktuellen Vorgespräche in Berlin über mögliche Investitionen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds für thyssenkrupp Steel, nicht aber für den Konzern insgesamt.

Auch aus unserer Perspektive richten sich die Gespräche in Berlin an den richtigen Adressaten. Die Bedingungen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds werden derzeit geprüft. Der Vorstand von thyssenkrupp, die Gewerkschaften und die SPD fordern eine Beteiligung Nordrhein-Westfalens am Unternehmen. Selbst wenn man das wollte, muss man doch sehen, dass die Auflagen für eine Beteiligung des Landes immens hoch sind und praktisch kaum realisierbar wären. Im Vergleich dazu hat der Bund im Rahmen des Strukturstabilisierungsfonds deutlich bessere Möglichkeiten.

Was wir unbedingt brauchen, ist ein tragfähiges Zukunftskonzept und ein starker industrieller Partner; denn Staatshilfe allein kann keine Lösung sein. Sie ist auch nur schwer vorstellbar, da eine direkte Beteiligung erhebliche Folgen für den Wettbewerb mit sich bringen würde. Die Entscheidung liegt jedoch beim Bund, wie ich eben bereits sagte.

Die Landesregierung begleitet und unterstützt thyssenkrupp dabei. Sie ist nicht nur im Austausch mit Vertretern des Unternehmens, sondern auch mit möglichen Investoren. Eben ist schon das britische Stahlunternehmen LIBERTY Steel genannt worden. LIBERTY Steel hat ein Angebot zur Übernahme vorgelegt, das tatsächlich eine Option sein könnte. Das Konzept ist gut begründet. Es berücksichtigt in angemessener Weise die Transformation zu grünem Stahl, und das Stahlgeschäft von thyssenkrupp und die anderen Werke von LIBERTY in Europa könnten sich gut ergänzen.

Nichtsdestotrotz können wir als Liberale aber gut die Vorbehalte seitens der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften und auch des Betriebsrates nachvollziehen. Sie sprechen von fehlender Transparenz und fehlendem Vertrauen, insbesondere, weil einige der handelnden Personen das Vertrauen in der Vergangenheit verspielt haben. Da, glaube ich, ist es ganz wichtig, dass beide Seiten stärker als bisher in den Dialog eintreten und genau schauen, dass man hier neues Vertrauen aufbaut. Ich denke, dabei kann die Politik gut helfen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, es braucht ganzheitliche Ansätze. Sie schaffen geeignete Rahmenbedingungen und Unterstützungsmaßnahmen, die den Unternehmen die Möglichkeit eröffnen, den Transformationsprozess eigenständig bewältigen zu können.

Die Landesregierung unterstützt Unternehmen bei ihrer Transformation. Dazu hat sie schon viel auf den Weg gebracht, sei es das industriepolitische Leitbild, die landeseigene und bundesweit einzigartige Initiative IN4climate.NRW oder das „Spitzencluster Industrielle Innovationen“, kurz SPIN.

Unser Ziel muss sein, das Stahlgeschäft nachhaltig zukunftsfest zu machen. Dafür braucht es die beste Lösung. Minister Pinkwart hat erst vor Kurzem die neue Wasserstoff-Roadmap NRW vorgestellt. Sie zeigt unseren Fahrplan, mit Wasserstoff den Umbau zu einer klimafreundlichen Wirtschaft zu gestalten. Wasserstoff bietet große Chancen für die Sicherung von Arbeitsplätzen und eine klimaneutrale Transformation auch der Stahlindustrie.

Wie Erzeugung und Anwendung von Wasserstoff am Stahlstandort Duisburg gelingen kann, zeigen die beiden Projektvorschläge „Wasserstoffelektrolyse in Duisburg“ und „Nutzung von grünem Wasserstoff – Aufbau einer Direktreduktionsanlage am Standort Duisburg“ der Initiative „Zukunft des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen“.

Meine Damen und Herren, für die NRW-Koalition steht außer Frage: thyssenkrupp muss ein international wettbewerbsfähiges Unternehmen sein, und die Arbeitsplätze müssen so weit wie möglich in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben.

Wir sind davon überzeugt: Je schneller wir bei den Investitionen in Erzeugung und Anwendung von Wasserstoff in der Stahlproduktion vorankommen, umso eher schaffen wir die notwendigen wirtschaftlichen Perspektiven für thyssenkrupp und seine Beschäftigten. Das sichert den Industriestandort und Arbeitsplätze nicht nur in Duisburg, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Nachricht über den Abbau von 11.000 Stellen und das drohende Aus des Grobblechwerks von thyssenkrupp war in der vergangenen Woche für viele Menschen ein Schock. Es ist wichtig – unabhängig davon, dass wir uns an vielen Stellen ja nicht einig sind, wie wir mit der Situation umgehen –, dass wir heute das gemeinsame Signal schaffen: Wir stehen an der Seite der Beschäftigten und ihrer Familien.

Diese Menschen müssen heute erneut die Folgen von Managementfehlern der Vergangenheit tragen. Wir brauchen endlich ein entschlossenes und zu-

packendes politisches Handeln der Landesregierung, und zwar, um die akute Krise bei thyssenkrupp zu bekämpfen, und auch, um den Konzern auf neue Füße zu stellen und eine langfristige Perspektive zu schaffen.

Meine Damen und Herren, die Optionen dafür liegen auf dem Tisch. Wir haben sie in den vergangenen Wochen an verschiedenen Stellen debattiert. Wir Grüne haben vorgeschlagen, dass der Bund über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds einsteigt. Das wäre aus unserer Sicht das Mittel der Wahl. Ich kann den Ministerpräsidenten und den Wirtschaftsminister nur auffordern: Werfen Sie Ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale, damit das gelingt, damit über dieses Instrument eine Perspektive geschaffen werden kann.

Wir brauchen ein Moratorium für weitere Werkschließungen, weil wir es den Tarifpartnern nur so ermöglichen, die bestehenden Arbeitsplätze zukunfts- fest zu machen und zu erhalten und eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln.

Wir erwarten von Ministerpräsident Laschet auch, dass er seine Funktion im Kuratorium der Krupp-Stiftung endlich im Sinne der Beschäftigten von thyssenkrupp und endlich auch im Sinne des Stahlstandortes NRW nutzt. Der Ministerpräsident des Industrielandes NRW hat diesen Sitz nicht zur Repräsentation, nicht zur Dekoration, sondern er hat ihn, um diese Möglichkeiten zu nutzen.

(Zuruf von der CDU)

Er muss sich endlich glaubhaft und verlässlich an die Seite der Beschäftigten stellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, beim Grobblechwerk stehen 800 Arbeitsplätze akut auf dem Spiel. Land und Bund müssen bis zur letzten Sekunde gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften für den Erhalt dieses und auch der weiteren Werke des Konzerns kämpfen. Dazu fordern wir Sie auf. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen, um eine Perspektive zu schaffen, den Einstieg des Bundes über den WSF. Um auch bei dieser konkreten Werksschließung Perspektiven für den Konzern zu schaffen, muss eine Landesbürgerschaft geprüft werden, damit wir schnell zu Ergebnissen kommen und akut helfen können. Auch hierfür wurde der Rahmen im Zuge der Coronahilfen erweitert. Nutzen Sie bitte auch diese Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren, diese Debatten sind immer wieder eine Gelegenheit, um Bilanz zu ziehen. In der wirtschaftspolitischen Debatte ist in der letzten Zeit „Prioritäten“ ein beliebtes Stichwort. Wenn wir uns mal einen Blick auf die Prioritäten und auf die Entwicklung der letzten Jahre erlauben, dann sehen

wir, dass Stellenabbau und Schließungen in der Industrie bereits 2019 auch bei vielen großen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen passiert sind – also schon vor Corona. Wir hatten da offensichtlich eine Entwicklung. Wir hatten Stellenabbau und Schließungen bei Bayer, bei Continental, bei Ford, bei Covestro, bei Siemens, bei Schaeffler, und natürlich ist auch die drohende Abwicklung von Streetscooter auch nicht zu vergessen.

Die Reaktion auf so eine Situation müsste doch sein, dass man sagt: Wir haben da ein Problem. Wir tun etwas, um den Unternehmen und den Beschäftigten zu helfen, und wir tun etwas, um zukünftige Schlüsselindustrien nach Nordrhein-Westfalen zu holen.

Aber was ist passiert? Was waren die Prioritäten? Was sind die Prioritäten dieser Landesregierung? Sie haben von Anfang an die Windenergie kaputtgemacht. Christian Lindner würde jetzt wahrscheinlich sagen: Das ist ein anderes Wort für Sabotage. – Die E-Mobilität haben Sie verschlafen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die großen Hersteller sind nicht nach Nordrhein-Westfalen gegangen. Die Werke für die Autos und Batterien entstehen in anderen Bundesländern. Die NRW-Start-ups werden im Regen stehengelassen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Die Wasserstoffindustrie entsteht gerade in anderen Regionen, und das Stichwort „neue Industrie“ kommt zum Beispiel auch beim Zukunftsprogramm Rheinisches Revier nur am Rande vor. Selbst die sogenannten energieintensiven Industrieunternehmen warten bis heute auf eine klare Linie, wie es für sie in NRW weitergeht.

Diese industriepolitische Bilanz dieser Landesregierung ist insgesamt verheerend.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn mehr als Ankündigungen, mehr als pressewirksame Gipfel und mehr als die Fortschreibung der rot-grünen industriepolitischen Leitlinien sind bisher nicht gekommen.

Wenn man sich die letzten Monate anguckt, hilft auch nicht, was offenbar die oberste Priorität in der Wirtschaftspolitik hat. Oberste Priorität hatten ein schöner Auftritt von Herrn Laschet und Herrn Pinkwart vor der blauen Wand der Bundespressekonferenz und eine Bundesratsentschließung zum Bürokratieabbau, die im Oktober unter Tagesordnungspunkt 44 der Bundesratssitzung beraten wurde und inzwischen in den Ausschüssen versendet ist. Die Zeit, die Sie damit verbracht haben, diesen Presscoup vorzubereiten, hätten Sie auch in die Beschäftigten investieren können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was Sie, meine Damen und Herren, da vorgeschlagen haben, hilft den Beschäftigten in der Industrie nicht; sie brauchen konkrete Perspektiven.

Wir brauchen auch konkrete Perspektiven für unseren Stahlstandort, für unseren Industriestandort. Dabei ist ein klimaneutraler Stahl die einzige Innovationsperspektive, weil wir die Antworten von morgen brauchen und nicht die Konzepte von gestern, wie wir sie beim ersten Redebeitrag hier immer wieder aufgegossen bekommen haben. Das war nicht nur Rhetorik von sehr weit gestern, sondern das waren auch Antworten von gestern.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Ach, das ist doch Quatsch! – Wir brauchen eine Perspektive für morgen, und dazu ist klimaneutraler Stahl die einzige Innovationsperspektive, die wir haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Einsatz der Landesregierung, damit es diese Perspektive gibt und damit NRW der Marktführer in diesem Sektor wird.

Herr Rehbaum, es ist schön und gut, dass es eine Versuchsanlage gibt; ich will das gar nicht infrage stellen. Aber zu sagen, dass wir es mit dieser einen Versuchsanlage, mit diesem einem Projekt geschafft haben, uns in die Poleposition dafür zu bringen, dass wir diese Entwicklung auf jeden Fall schaffen werden – na ja, das war vielleicht ein wenig zu viel des Guten. Es ist ein guter Schritt, aber es bedarf noch jeder Menge Einsatz und weiterer Schritte, und dafür brauchen wir einen guten Rahmen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben eben viel über den europäischen Rahmen gesprochen. Allerdings brauchen wir akut auch eine staatliche Unterstützung bei thyssenkrupp.

Zum einen bedeutet das natürlich im Konzern den Verzicht auf Boni und eine Dividendenausschüttung. Zum anderen bedeutet es vor allem aber auch einen vertraglich festgelegten Umbaupfad hin zu einer klimaneutralen Stahlherstellung auf der Basis von grünem Wasserstoff, eine verlässlichen Förderung – Verlässlichkeit – und Planungssicherheit. Denn dann können wir es schaffen, den Weg für Investitionen, für eine klimaneutrale Transformation und für das grüne Wirtschaftswunder freizumachen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Professor Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bolte-Richter, Sie scheinen die eigenen Taten irgendwie sehr glorreich in Erinnerung zu behalten.

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

Ich konnte es hier gestern schon einmal ausdrücken: Die Forschungs- und Entwicklungsquote in Nordrhein-Westfalen, die im Wesentlichen von den Unternehmen getragen worden ist, ist während Ihrer Regierungszeit von 2,1 auf 1,9 % gesunken, während sie bundesweit von 2,8 auf 3 % gestiegen ist.

(Zuruf)

Im Jahr 2018 hatte Nordrhein-Westfalen so viel Industrieinvestitionen, wie seit 2008 nicht mehr.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das heißt, in der Zwischenzeit haben Sie die Rahmenbedingungen nicht gesetzt, damit sich die Industrie hier erfolgreich entwickeln konnte. Das wollen wir doch einmal festhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie aus den vergangenen Debatten wissen, beeinflussen viele Faktoren die Lage bei thyssenkrupp Steel Europe. Die Coronapandemie, eine nachlassende Konjunktur, Überkapazitäten auf dem Weltstahlmarkt und sich verschärfende Rahmenbedingungen für die europäische Stahlindustrie sind Gründe für die wirtschaftlichen Herausforderungen des Unternehmens.

Hinzu kommen die finanziellen Folgen unternehmerischer Fehlentscheidungen in der Vergangenheit und Pensionslasten in Milliardenhöhe. Diese werden den Konzern auf absehbare Zeit noch belasten.

Nach dem erfolgreichen Verkauf der Aufzugsparte, dem damaligen Tafelsilber des Konzerns, waren alle Beteiligten der Hoffnung, thyssenkrupp habe die schlimmste Krise überwunden und verfüge über die notwendigen Mittel, um den Umbau der Stahlsparte mit dem Ziel „Klimaneutralität“ voranzutreiben. Die Umsatzeinbrüche als Folge der Coronapandemie – das hat die Bilanzpressekonferenz gezeigt – haben dies jedoch verhindert.

Uns allen ist klar, dass die deutsche Stahlindustrie allein mit eigenen Anstrengungen keinen Ausweg aus dieser Krise finden wird. Deshalb ist hier, wie von den Fraktionen von CDU und FDP gefordert, eine Begleitung des Prozesses durch Bund und Land und vor allen Dingen durch die Europäische Union notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit das für die Landesregierung klar ist: Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland den modernsten Stahl der Welt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wollen, dass dieser modernste Stahl so klimafreundlich, so wirtschaftlich und damit so nachhaltig wie möglich auch in Zukunft bei uns produziert wird. Das ist unsere Zielsetzung.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die Probleme des Unternehmens, anders als von der SPD-Fraktion gefordert, nicht einfach mit einer staatlichen Beteiligung zu lösen sein werden. Vielmehr geht es vorrangig darum, unter Berücksichtigung der Wettbewerbsbedingungen neue Modelle im Stahlsektor zu erarbeiten.

Wir teilen die Auffassung, dass dabei ein starker Partner jetzt oder in Zukunft sehr hilfreich sein könnte. Zum einen gilt es deshalb, das vorgelegte Angebot der LIBERTY Steel Group zur möglichen Übernahme der Stahlsparte von thyssenkrupp seitens des Unternehmens ebenso sorgfältig zu prüfen wie andere nationale oder europäische Partnerschaften. Wir sehen, dass es einiges an Bewegung gibt und sich auch andere Unternehmen fragen, wie sie in Europa in Anbetracht der Rahmenbedingungen eine gute Zukunft finden können.

Zum anderen braucht es für den Umbau der Stahlindustrie verlässlicher Rahmenbedingungen und wirksamer öffentlicher Hilfen. Hierbei sehe ich zehn Handlungsfelder, die ich Ihnen kurz darlegen möchte.

Erstens. Die Landesregierung sieht die Nutzung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds als einzig gangbaren Weg für eine kurzfristige finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der pandemiebedingten Herausforderungen des Unternehmens. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass das Unternehmen nicht schon vor der Coronapandemie sanierungsbedürftig war.

Konkret: thyssenkrupp dürfte per 31. Dezember 2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß der beihilferechtlichen Definition der EU-Kommission gewesen sein. Dies gilt es zu prüfen. Ein entsprechender Antrag des Unternehmens liegt zwar noch nicht vor, aber es gibt Vorgespräche, die das Land begleitet.

Zweitens. Überlegungen für eine Landesbeteiligung bei thyssenkrupp, wie die SPD es jetzt wiederholt zum Gegenstand der Diskussion gemacht hat, stehen allein schon aus rechtlichen Gründen erhebliche Hürden entgegen. Außerdem könnte sich eine staatliche Beteiligung negativ auf die notwendigen öffentlichen Hilfen auswirken, die bei der Transformation zur Klimaneutralität notwendig sind und auf die das Unternehmen in Zukunft, ebenso wie andere sicherlich auch, dringend angewiesen sein wird, wenn der Umbauprozess so schnell erfolgen soll, wie es die Märkte global notwendig machen könnten.

Drittens. Die Bundesregierung hat mit dem „Handlungskonzept Stahl“, das in Abstimmung mit der Stahlindustrie und den Gewerkschaften entwickelt wurde, ein umfassendes Handlungs- und Maßnahmenkonzept vorgelegt. Damit soll die deutsche Stahlindustrie vor dem Hintergrund der eingetretenen Umsatzeinbrüche unterstützt und ihr Umbau zu einer klimaneutralen Produktion auch durch finanzielle Beiträge begleitet werden.

Nordrhein-Westfalen und die anderen in der nationalen Stahlallianz zusammengeschlossenen Bundesländer haben dieses Handlungskonzept einhellig begrüßt und eine Beteiligung der Bundesländer bei den einzelnen Schritten angeboten.

Viertens. Auf unseren gemeinsamen Antrag hin wird die Bundesregierung in der Wirtschaftsministerkonferenz am kommenden Montagnachmittag über die ersten Schritte zur Umsetzung ihres „Handlungskonzept Stahl“ berichten.

Wir haben mit unserer Beschlussvorlage die Bundesregierung aufgefordert, sich weiterhin für Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon Leakage und zur Herstellung eines Level Playing Fields einzusetzen. Nur so kann dem Klimaschutz und den energie- und außenhandelspolitischen Herausforderungen der Stahlindustrie wirkungsvoll begegnet werden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Fünftens. Wir fordern des Weiteren eine angemessene Förderung der investiven und operativen Kosten hin zu CO₂-ärmeren Produktionsweisen durch die Europäische Union und den Bund. Hierzu benötigen wir allerdings eine verlässliche beihilferechtliche Flankierung.

Wichtig ist ebenfalls, dass wir bei den außenhandelspolitischen Rahmenbedingungen mit Blick auf das Auslaufen der derzeitigen Safeguard Measures in der Europäischen Union darauf hinwirken, dass das WTO-Recht so anzuwenden ist, dass die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie in Deutschland gegen Dumping und nicht marktkonform staatlich finanzierte Wettbewerber aus Drittstaaten langfristig abgesichert werden kann.

(Beifall von der FDP)

Sechstens. Auf meine Initiative hin wird am 11. Dezember 2020 pandemiebedingt ein virtuelles High-Level-Meeting zur Zukunft der Stahlindustrie stattfinden; sonst würde dieses Treffen als Präsenzveranstaltung in Duisburg stattfinden. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, Ministerpräsident Armin Laschet, Minister und Ministerinnen der Stahlländer, Sozialpartner und Vertreter der großen Stahlunternehmen in Deutschland haben ihre Teilnahme bereits zugesagt. Wir wollen auf dieser Konferenz über die Umsetzung des „Handlungskonzept Stahl“ des Bundeswirtschaftsministers bzw. der Bundesregie-

zung sprechen und den für das nächste Jahr geplanten Nationalen Stahlgipfel in Duisburg vorbereiten.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir unter Einbeziehung der Stahlunternehmen, Gewerkschaften und Politik wichtige Lösungsansätze für die anstehenden Probleme finden werden.

Siebtens. Es geht darum, mithilfe von zukunftsfähigen und innovativen Ansätzen für den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen ein robustes und tragfähiges – also ökonomisch, sozial und ökologisch – wettbewerbsfähiges Modell zu entwickeln. Dafür wird Nordrhein-Westfalen zusammen mit dem Bund und der Europäischen Kommission der Branche insbesondere beim Umbau hin zum grünen Stahl helfen.

Achtens. Das Vorhaben thyssenkrupps, die Inbetriebnahme der ersten Direktreduktionsanlage zur Erzeugung von Stahl auf Basis von Wasserstoff am Standort Duisburg, wird die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter unterstützen. Sie fördert dazu bereits die Erprobung der Wasserstoffeinspeisung in die Hochofenroute.

Das Unternehmen hat sich zudem erfolgreich bei der Bundesförderung der „Reallabore der Energiewende“ beworben und den Zuschlag erhalten. Damit kann dieses seitens des Landes Nordrhein-Westfalen geförderte Einstiegsprojekt im größeren Maßstab umgesetzt werden. Diese Umrüstung bedeutet einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität und einer zukunftsfähigen Stahlproduktion am Standort Nordrhein-Westfalen. Ich füge hier ausdrücklich hinzu, lieber Herr Bolte-Richter: Dem müssen weitere Schritte schneller folgen, als dies vom Unternehmen und auch von der Politik bisher gesehen worden ist.

(Kopfnicken von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Neuntens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie wissen, werden wir für die klimaneutrale Stahlproduktion auch große Mengen an Wasserstoff benötigen. Die Landesregierung unterstützt daher den Markthochlauf zielgerichtet.

Dafür wurde am 9. November ein umfangreiches strategisches Handlungskonzept, die Wasserstoff-Roadmap, in Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Darin werden zentrale Rahmenbedingungen ebenso adressiert wie notwendige Infrastrukturmaßnahmen, internationale Partnerschaften und Importstrategien. Branchenspezifische Zielmarken, insbesondere für die Stahlindustrie, dienen der konsequenten Umsetzung dieser Strategie. Uns wurde seitens der Unternehmer, der Industrie und der Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus eine breite Unterstützung dieser Wasserstoff-Roadmap signalisiert.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Landesinitiative IN4climate.NRW unterstützt Unternehmen aus der nordrhein-westfälischen Industrie dabei, die Transformation in eine treibhausgasneutrale Wirtschaftsweise zu schaffen und dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Die Bereitstellung von nachhaltigem Wasserstoff ist dabei ein Schwerpunktthema, und wir werden alles tun, auch mit unseren europäischen Nachbarn – wir haben das Thema gerade in der Regierungskonsultation mit den Niederlanden –, dass wir die Infrastruktur in den nächsten Monaten und Jahren auch schnell an den Start bekommen.

Zehntens. Wir werden uns ebenfalls gegenüber der Bundesregierung und der EU für die Schaffung der notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Nutzung und Bereitstellung von Wasserstoff sowie für den Aufbau und die Bereitstellung der Infrastruktur einsetzen. Der entsprechende Bundesratsbeschluss wurde auf Initiative Nordrhein-Westfalens erst kürzlich gefasst.

Die Landesregierung bemüht sich zudem, bei der Ausgestaltung des von der Bundesregierung im Rahmen der Nationalen Wasserstoffstrategie angekündigten Pilotprogramms für Carbon Contracts for Difference in der Stahlindustrie mitzuwirken und dieses zeitnah für Stahlunternehmen auch in unserem Land zugänglich zu machen.

Lassen Sie mich abschließend festhalten: Der Stahl, meine Damen und Herren, gehört zur DNA des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen. Darin werden wir nicht nur übereinstimmen, sondern das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber damit das so bleiben kann, muss sich auch die Industrie ein Stück weit neu erfinden. Dieser wollen wir helfen, damit der modernste und umweltfreundlichste Stahl aus Nordrhein-Westfalen kommt und den Beschäftigten zukunftsfähige Arbeitsplätze geboten werden. Damit das gelingt, werden wir alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun, um den Umbauprozess, der jetzt ansteht, so verantwortungsvoll und nachhaltig wie möglich zu unterstützen.

Ich füge ergänzend hinzu: Wir werden um jeden einzelnen Standort ringen, und wir werden insbesondere darum ringen müssen, dass es im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozial fair zugeht, dass wir den Standorten gute Perspektiven eröffnen und dass wir den Stahl, den wir hier in Zukunft haben wollen, so modern, so umweltfreundlich und so wirtschaftlich wie möglich herstellen können, damit er uns auch in Zukunft nachhaltig zur Verfügung steht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Für die SPD spricht nun die Abgeordnete Frau Philipp.

Sarah Philipp (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr, sehr gut, dass wir das Thema „thyssenkrupp“ und das Thema „Stahl“ heute noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt haben. Schließlich ist in der Debatte klar geworden, dass es diesbezüglich und auch bezüglich dessen, was in der Vergangenheit passiert ist und jetzt getan werden muss, unterschiedliche Wahrnehmungen gibt.

Einen Punkt kann ich in Richtung der Landesregierung und auch der regierungstragenden Fraktionen zu diesem Zeitpunkt der Debatte festhalten: Auch heute ist die Frage unbeantwortet geblieben, was die Landesregierung konkret macht, was Sie konkret machen, um akut den Menschen zu helfen, denen der Arbeitsplatzverlust droht. Diese Frage ist von Ihnen auch heute leider wieder nicht konkret beantwortet worden.

(Beifall von der SPD)

Insofern stellt sich für uns die Frage, wie wichtig Ihnen das Thema eigentlich ist bzw. ob Sie überhaupt den Ernst der Lage erkannt haben.

Wir haben heute über Duisburg gesprochen. Wir haben über verschiedene Standorte gesprochen. Und wir wissen nicht erst seit letzter Woche, sondern seit mehreren Monaten, dass die Lage besorgniserregend ist und sich weiter zuspitzt. Die Zahl der Stellen, die wegfallen sollen, ist größer geworden, als ursprünglich geplant war.

Die drohende Schließung des Grobblechwerks im Duisburger Süden – auch darüber haben wir heute gesprochen – macht den Ernst der Lage in Duisburg noch einmal deutlich. 800 Beschäftigte bangen dort zurzeit um ihren Job, und diese Beschäftigten machen nicht nur einen tollen Job an diesem Standort, sondern – auch das gehört zur Debatte dazu – haben auch schon in der Vergangenheit sehr viele Opfer zugunsten des Unternehmens erbracht.

Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion dieses Thema bereits einige Male in den letzten Monaten hier in den Landtag eingebracht und mehrfach auf die Tagesordnung gesetzt. Wir haben Sie nach Ihren Ideen gefragt, nach den Ideen der Landesregierung, nach den Plänen. Wir haben nach der Unterstützung gefragt. Wir haben natürlich auch eigene Vorschläge gemacht, und darüber möchte ich heute etwas ausgiebiger sprechen.

Wir haben in der letzten Plenarwoche einen Antrag gestellt und Sie zu einer möglichen Landesbeteiligung an thyssenkrupp befragt. Das ist übrigens keine Idee, die einzig und allein von der SPD stammt, sondern darauf sind auch andere gekommen. Dieser

Antrag – das möchte ich auch deutlich sagen – konnte in der vergangenen Plenarsitzung allerdings bei keiner der übrigen Fraktionen Zustimmung finden.

Was mir aus der letzten Plenardebatte noch sehr gut im Gedächtnis geblieben ist und was die Debatte heute bestätigt hat, ist – und das hat auch die Argumentation deutlich gemacht –, dass der Ernst der Lage noch nicht bei allen angekommen ist und dass offensichtlich unterschiedliche Wahrnehmungen bestehen, was jetzt akut getan werden muss und was perspektivisch durchaus sinnvoll sein kann. Ich glaube, hier werden einige Punkte miteinander vermengt.

Ich möchte es hier sortieren, um es noch mal klarzumachen. Denn letztendlich ist es – und darüber müssen wir heute reden – eine Frage der Prioritätensetzung der Landesregierung, eine Frage, was man jetzt politisch zu tun bereit ist. Hier muss man unterscheiden: Was ist jetzt angesagt? Und was ist mittelfristig und langfristig sinnvoll?

Ich möchte auf den ersten Punkt eingehen. Dazu hat sich die Landesregierung ausgiebig geäußert, dazu haben sich aber auch die regierungstragenden Fraktionen in der letzten Plenarwoche und auch heute wieder zu Recht und ausgiebig geäußert. Es geht natürlich darum, den Stahlstandort hier in Nordrhein-Westfalen perspektiv gut und neu aufzustellen. Das ist gar nicht das Thema.

Wir haben über das Thema „Wasserstoff“ gesprochen, ebenso über die Wasserstoffstrategie. All das spielt eine große Rolle, um die Stahlproduktion zukunftsfähig aufzustellen. Sie haben in der letzten Debatte und auch heute wieder auf Ihre Wasserstoff-Roadmap und darauf, was die Landesregierung da getan hat

(Henning Rehbaum [CDU]: Ist ja auch eine gute Sache!)

und auch in Zukunft weiterhin tun wird, abgezielt. Das ist grundsätzlich ein guter Ansatz. Aber die Frage ist doch: Welche Maßnahmen sind jetzt notwendig? Und was muss eigentlich getan werden, um diese akute und bedrohliche Lage anzugehen?

Darüber müssen wir sprechen; das ist mir in der heutigen Debatte bislang zu kurz gekommen: Wenn es keine Produktion mehr gibt, wenn es keine Werke mehr gibt, kann diese Wasserstoff-Roadmap leider niemandem mehr helfen. Wenn nichts mehr da ist, kann auch nichts mehr transformiert werden; das ist der entscheidende Punkt. Darüber müssen wir heute reden, und darüber müssen wir uns mehr Gedanken machen.

Der zweite Punkt: Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass eine Landesbeteiligung, ein Einstieg des Staates bei thyssenkrupp in der jetzigen Lage sehr helfen

würde. Vielleicht ist es sogar das Einzige, was in der jetzigen Situation noch helfen kann.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP – das sage ich auch in Richtung Landesregierung –: Wenn Sie schon nicht auf uns hören, wenn Sie nicht bereit sind, auf die Anträge der Opposition bzw. der SPD-Fraktion anzuspringen – das kann ich ja nachvollziehen –, und auch nicht über Ihren ideologischen Schatten springen möchten, hören Sie doch wenigstens anderen Menschen zu, die sich dazu ihre Gedanken gemacht und sich zum Thema geäußert haben.

Ich will zum Beispiel Professor Dr. Achim Truger zitieren – das ist einer der fünf Wirtschaftsweisen –, der in der vergangenen Woche laut „WAZ“ vom 19. November 2020 sagte – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Bei der strategisch bedeutsamen Stahlbranche finde ich es sehr einleuchtend, einen Einstieg zu prüfen, diese Schlüsselindustrie kann der Staat schlecht fallen lassen.“

Er sagt weiter:

„Angesichts der ohnehin anstehenden ökologisch-sozialen Transformation (...) könnte eine kurzfristige Staatsbeteiligung (...) helfen, die akute Coronakrise zu überstehen. Mittelfristig kann man etwa durch eine Anschubfinanzierung die Umstellung auf grünen Stahl fördern. Das wäre aus meiner Sicht ein plausibler Plan.“

(Beifall von der SPD und von Arndt Klocke [GRÜNE])

Aus unserer Sicht ist das ganz klar ein sehr plausibler Plan, den wir ausdrücklich unterstützen wollen. Wenn Sie schon nicht auf die SPD im Landtag hören wollen, hören Sie doch bitte zumindest auf einen Wirtschaftsweisen.

Nehmen Sie sich diese Einschätzung zu Herzen, und denken Sie noch einmal darüber nach, welchen Weg man gemeinsam finden kann, denn es geht um Tausende Arbeitsplätze. Tun Sie endlich das Richtige. Unterstützen Sie einen Staatseinstieg. Machen Sie eine Landesbeteiligung möglich.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie noch einmal darüber nachdenken, wird das auch klar, denn am Ende gilt für Sie und für uns alle –: Man kann nicht den zweiten Schritt tun, ohne den ersten gemacht zu haben.

Hier von grünem Stahl zu reden, was absolut richtig ist und was wir zu 100 % unterstützen, geht am Ende nur, wenn auch morgen noch in Nordrhein-Westfalen produziert werden kann. Verstehen Sie das endlich. Handeln Sie. Das können die Menschen in Nordrhein-Westfalen von ihrer Landesregierung erwarten. – Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Philipp. – Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die heutige Debatte zeigt, dass wir uns hier im Hause einig sind, dass Stahl systemrelevant ist. Wir alle haben ein hohes Interesse am Erhalt der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie, insbesondere des Standorts Duisburg, des größten Stahlstandorts Europas.

(Vereinzelt Beifall von der CDU sowie Beifall von Ralph Bombis [FDP] und von Dietmar Brockes [FDP])

Als Duisburgerin bin ich der Landesregierung daher sehr dankbar, dass sie in enger Abstimmung mit der Bundesregierung und den in der nationalen Stahl-Allianz vertretenen Bundesländern alle denkbaren Unterstützungsmöglichkeiten auslotet.

Die zentrale Bedeutung der Stahlindustrie für unser Land erkennt man auch an dem geplanten zweiten nationalen Stahlgipfel, der nun leider coronabedingt von Dezember auf das kommende Jahr verschoben werden muss.

Unser besonderer Fokus liegt dabei natürlich auf den direkt und indirekt Beschäftigten. In der Stahlindustrie haben wir zahlreiche hoch qualifizierte Arbeitsplätze, die wir zum Wohle der Menschen in der Region und zum Wohle der gesamten Region unbedingt erhalten wollen. Dafür wird die CDU-Fraktion ihren vollen Einsatz zeigen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen kann aber nur langfristig eine Zukunft haben, wenn ihr der Transformationsprozess hin zu einer modernen und wettbewerbsfähigen Industrie gelingt.

Wir sind bereit, diesen Wandel nach Kräften politisch zu unterstützen. Allerdings ist hier natürlich auch das Management der Konzerne gefragt. Im Unternehmen selbst weiß man, dass es auch hausgemachte Fehler gibt, die nicht erst in den Monaten der Coronaphase entstanden sind, sondern bereits Jahre zurückliegen.

Die Politik ist nicht in der Lage, und es ist auch nicht ihre Aufgabe, alle unternehmerischen Fehlentscheidungen zu kompensieren.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf)

Anders verhält es sich – das haben meine Vorredner schon angesprochen – natürlich bei coronabedingten Schieflagen oder aber auch bei Wettbewerbs-

verzerrungen. Hier – das hat der Minister schon klar ausgeführt – setzt sich die Landesregierung ganz stark für die Stahlindustrie ein.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und von Dietmar Brockes [FDP])

Es ist daher wichtig, gemeinsam nach vorne zu schauen und Lösungen zu entwickeln, die für die Zukunft tragen und dazu führen, dass wir weiterhin die modernste und größte Stahlindustrie bei uns haben werden.

Ein ganz wesentlicher Schritt ist dabei unter anderem das Reallabor der Energiewende, für das thyssenkrupp den Zuschlag erhalten hat; auch das wurde vorhin schon angesprochen.

Dort wird der Wasserstoffeinsatz in einem Stahlwerk mit dem Ziel untersucht, eine CO₂-neutrale Stahlproduktion auf den Weg zu bringen. Das ist sehr kostenintensiv, aktuell aber absolut zukunftsweisend und für uns alle auch der richtige Weg.

Diese federführende Zukunftstechnologie und viele weitere Programme, die bereits aufgezählt wurden, geben Hoffnung, dass NRW auch in den kommenden Jahren ein bedeutender Stahlstandort sein wird. Daran sollten wir weiterhin mit aller Kraft arbeiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Strotebeck.

Herbert Strotebeck (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Wenn August Thyssen und Alfred Krupp heute noch leben würden: Was würden sie über ihr Unternehmen denken? Was würden sie über die deutsche Wirtschaftspolitik denken?

Beiden Herren haben wir wirtschaftlich viel zu verdanken. Die Essener Krupp AG war eines der größten Schwerindustriunternehmen der Welt. Die Thyssen AG, ursprünglich ein Konglomerat aus Einzelunternehmen, war eine der 30 wichtigsten deutschen Aktiengesellschaften.

Heute ist die thyssenkrupp AG nicht mal mehr im Deutschen Aktienindex vertreten. Heute wird Billigstahl aus Fernost importiert. Heute wird vieles getan, um die deutsche Schwerindustrie im Namen des Klimas auf den Boden zu drücken, während in anderen Ländern Fabriken mit deutschem Geld dampfen.

August Thyssen und Alfred Krupp mussten ihre Unternehmen gegen wirtschaftliche Angriffe aus dem Ausland verteidigen. Heute müssen die Erben von August Thyssen und Alfred Krupp ihr Unternehmen gegen politische Angriffe aus dem Inland verteidigen.

Das Ausland schaut dabei lachend und sicherlich auch peinlich berührt zu.

Die über 160.000 Mitarbeiter von thyssenkrupp haben hingegen derzeit wenig zu lachen. Anstatt deutsche Unternehmen zu fördern und zu schützen, zahlte die Bundesrepublik Deutschland seit 1979 allein 10 Milliarden Euro Entwicklungshilfe an die kommunistische Volksrepublik China.

(Christian Loose [AfD]: Hört, hört!)

Unter den zehn größten Empfängerstaaten deutscher Entwicklungshilfe lag die Volksrepublik 2018 auf Platz 4.

Auch die Türkei erhält jährlich Hunderte Millionen Euro an deutscher Entwicklungshilfe. Der 2018 eröffnete Großflughafen Istanbul wurde in nur vier Jahren erbaut und hat bereits jetzt eine Flugkapazität von 90 Millionen Fluggästen.

Beim Blick auf unsere Infrastruktur frage ich mich, warum die Türkei uns keine Entwicklungshilfe überweist; vielleicht könnten wir dann endlich vernünftige Brücken und Flughäfen bauen.

(Beifall von der AfD)

Es gibt neben den Vereinigten Staaten kein Land auf der Welt, welches mehr Geld in alle Welt verschickt als Deutschland. Am meisten Geld aus Deutschland erhält übrigens das Land mit der weltweit größten Anzahl von Muslimen: Indonesien.

Fast 1 Milliarde Euro flossen 2018 in die islamische Republik. Die Arbeitslosenquote ist dort mit knapp 6 % niedriger als in Deutschland – kein Wunder, denn Indonesien ist reich an Rohstoffen und reich an deutscher Entwicklungshilfe.

Allein auf die relativ kleine Insel Bali kommen jährlich 4 Millionen Gäste aus aller Welt, um dort ihren Urlaub zu verbringen. Wer jetzt denkt, bei all dem deutschen Geld, welches nach Indonesien fließt, ist Deutschland der Haupthandelspartner dieses Landes, der irrt.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Haupthandelspartner Indonesiens ist natürlich die Volksrepublik China. Deutschland spielt keine Rolle.

(Mehrere Zurufe)

Selbst die sogenannten palästinensischen Gebiete bekamen 2018

(Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke)

180 Millionen Euro deutsches Geld.

(Zurufe – Andreas Keith [AfD]: Sie sollten sich schämen! Wir sind dafür nicht verantwortlich!)

All dieses Geld sollten wir besser nutzen, um hier bei uns stabile Brücken zu bauen. Was spricht dagegen,

deutsche Brücken mit deutschem Stahl zu bauen, zum Beispiel mit thyssenkrupp-Stahl?

Jetzt mögen die bunten deutschen Politiker behaupten, dies ginge gar nicht, weil die EU-Vorschriften dies nicht erlauben. Wenn dem so ist, müssen solche EU-Fesseln schnellstens beseitigt werden.

Anscheinend will die Mehrzahl deutscher Politiker aber primär das Weltklima ändern, Aufsichtsräte von Unternehmen nach biologischen Kriterien besetzen und jedes Nomen mit einem Sternchen versehen.

Während deutsche Parteien sich mit selbsterfundnen Geschlechtern und Windindustrieanlagen beschäftigen, machen andere Staaten Politik für ihre Wirtschaft.

Es ist eine Schande, dass möglicherweise bald 11.000 Mitarbeiter von thyssenkrupp staatliche Hilfe benötigen, weil die deutschen Rahmenbedingungen Unternehmen so viele Fesseln anlegen. Die Fesseln sind das Problem.

(Michael Hübner [SPD]: Die Fesseln? Mein Gott, was ist das denn für ein dummes Zeug!)

Ein staatlicher Einstieg in das Unternehmen ist allerdings keine Lösung, denn die Unternehmensführung müsste belegen, dass das Stahlgeschäft vor Beginn der Coronapandemie wettbewerbsfähig war; Herr Professor Pinkwart hat das deutlich dargelegt.

Die Arbeitsplätze müssen bewahrt werden. Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit muss bewahrt werden. Das Erbe von August Thyssen und Alfred Krupp muss bewahrt werden. Herr Minister, das ist eine Riesenaufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Maske? Ihre Maske liegt noch hier vorne.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf: Ist aus Indonesien, die Maske! – Weitere Zurufe – Herbert Strotebeck [AfD]: Entschuldigung!)

– Alles in Ordnung. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Professor Dr. Pinkwart noch einmal das Wort.

(Weitere Zurufe)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte noch einmal auf den Beitrag von Frau Philipp eingehen.

Sie haben eine Aktuelle Stunde wie andere Fraktionen heute auch beantragt. Sie haben in Ihrer Begrün-

dung die Landesregierung gebeten darzulegen, welche Handlungsfelder sie sieht und welche Maßnahmen sie ergreifen will.

Ich habe Ihnen unsere zehn Punkte vorgetragen, an denen wir unser Handeln ausrichten. Das sind sehr konkrete Schritte, die wir vorbereitet haben und an denen wir arbeiten, um dem Stahl wirklich zu helfen.

Sie haben bisher nur ein Angebot gemacht und gesagt: Der Staat soll sich doch beteiligen, und danach schauen wir einmal, wie es mittelfristig weitergeht.

Der Staat ist an der Lufthansa beteiligt. Da sind schon 22.000 Mitarbeiterstellen abgebaut worden, weitere 5.000 sollen abgebaut werden. Wer den Eindruck vermittelt, wenn der Staat sich beteilige, lösten sich etwa für die Mitarbeiter oder das Unternehmen die Probleme von selbst, wird schon dort ganz klar widerlegt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ein zweiter Punkt: Ich betreibe keine ideologische Wirtschaftspolitik, sondern eine ganz pragmatische; da kommen alle Instrumente zum Tragen. Das Grundgesetz und die soziale Marktwirtschaft lassen auch eine Beteiligung des Staates zu; sonst könnten wir es gar nicht machen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es geht hier nicht um ideologische Verblendung, sondern nur um die Frage: Was ist der beste Weg? Das ist doch die zentrale Frage.

(Beifall von der FDP – Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Sie müssen sehen, dass sich ein Unternehmen wie thyssenkrupp im Wettbewerb zu anderen nationalen Stahlunternehmen befindet, deren Bereitschaft, in Richtung einer deutschen Stahl AG zu gehen, im Moment noch nicht so ausgeprägt ist.

Ich würde das auch als eine ernsthafte Option ansehen; das möchte ich hier noch einmal darlegen. Das müsste geprüft werden, aber das Interesse ist unterschiedlich ausgeprägt. Das steht alleine für den nationalen Wettbewerb.

In Europa haben wir noch viele andere Player. Die Europäische Kommission wird nicht irgendeiner Beteiligung zustimmen können, wenn es dafür keine Notifizierung gibt; das wissen Sie doch alle.

Als einzige Notifizierung liegt im Moment die für den WSB vor. Sie hat ganz klare Voraussetzungen. Das wird alles in Vorgesprächen geprüft, an denen Ihr Vizekanzler beteiligt ist. Dort wird man sehen, welche Spielräume wir haben, wo wir wirklich helfen können.

Ich bekräftige noch einmal: Wir würden es aus pragmatischen Gesichtspunkten heraus für richtig halten,

wenn es über den WSB eine Chance gibt, die coronabedingten Probleme besser lösen zu können.

Das löst aber noch nicht die anderen Probleme, über die wir hier gesprochen haben. Dafür brauchen wir ein umfassendes Handlungskonzept. Das hat der Bundeswirtschaftsminister vorgelegt. Wir Länder sind mit dem Bund darüber im Austausch, wie wir das umgesetzt bekommen.

Wir – das will ich hier noch einmal unterstreichen – werden alles tun, damit das Unternehmen sich hier in Nordrhein-Westfalen nachhaltig weiterentwickeln kann. Dann werden wir aber auch über den einen oder anderen Standort reden müssen. Wir müssen ständig über Standorte reden, von vielen Unternehmen. Das wird hier genauso sein.

Besondere Anerkennung verdienen hier die Gewerkschaften, die Sozialpartner, die diesen Prozess sehr verantwortungsvoll begleiten. Wir wissen um das Schicksal für die Betroffenen. Wir wollen, dass das so sozialverträglich und standortverträglich wie möglich läuft, aber wir müssen alle zusammenwirken und klug agieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht noch einmal Herr Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Pinkwart, wir brauchen von Freidemokraten keine Belehrung, wenn es darum geht, wie Wirtschaft zu organisieren ist.

(Beifall von der SPD – Lachen und Zurufe von der FDP)

Die FDP ist mit ihrem Mantra „privat vor Staat“ gescheitert; das sehen wir doch.

(Beifall von der SPD)

Wer hat denn die Finanzkrise verursacht? Staatliche Unternehmen, Herr Brockes? – Wohl kaum. Da wäre ich also ganz vorsichtig.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wer hat denn für den Schlamassel bei thyssenkrupp gesorgt? Waren das staatliche Eingriffe? – Nein, es waren schwerste Managementfehler. Also wäre ich mit dem Mantra „privat vor Staat“ mal ganz ruhig.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der FDP – Unruhe – Glocke)

Die Sozialdemokraten haben Offenheit in der Debatte eingefordert, Herr Minister.

(Zuruf)

Wenn Sie Ende Oktober noch einmal sagen „In Nordrhein-Westfalen gibt es keine Tradition von Staatsbeteiligungen“, ist das für Sozialdemokraten zu wenig. Wir können hier nicht über Traditionen, über den Blick zurück reden, sondern brauchen den Blick nach vorne.

Sie haben die Herausforderungen richtig beschrieben, aber dann müssen Sie auch darüber reden, was wir organisieren wollen. Wenn Herr Brockes im Ausschuss über Planwirtschaft spricht und mein Kollege Sundermann angegriffen wird, weil er gerade darauf verwiesen hat, dass hier wie in Familienunternehmen gearbeitet werden muss, glaube ich nicht, dass wir Sozialdemokraten so fern von der Wirtschaft sind.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Es geht darum, salbungsvolle Worte mit Wirklichkeitspolitik zu unterfüttern. Darauf warten wir.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, Sie haben große Rechtsabteilungen, die sagen: Das ist alles schwierig. – Natürlich ist das alles schwierig. Dann setzt man sich dran und schaut, welche Lösungen erarbeitet werden können.

Darüber können wir reden. Sie nehmen für sich in Anspruch, völlig ideologiefrei zu sein. Dahinter würde ich einmal ein dickes Fragezeichen setzen. Sie haben sich klar festgelegt.

Wir wollen Offenheit und erkennen auch an, dass das schwierige Fragen sind. Für den Standort Nordrhein-Westfalen reicht es aber nicht, sich wegzuducken und zu sagen: Das ist problematisch. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW)

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11846

Eine Aussprache ist hierzu nicht vorgesehen. Daher kommen wir sofort zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen – Das sind CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD-Fraktion. Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Es gibt drei Gegenstimmen bei der AfD-Fraktion. Damit hat die AfD-Fraktion mehrheitlich bei drei Gegenstimmen zugestimmt. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/11846** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

3 Prävention gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest durch verstärkte Schwarzwildbejagung – Nachtzieltechnik erlauben

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11846

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat – wie Sie sehen – Herr Kollege Deppe für die CDU-Fraktion das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am 10. September 2020 wurde der erste Fall der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland festgestellt. Seither sind in Brandenburg und Sachsen 184 Fälle bei Wildschweinen nachgewiesen.

Bisher konnte das Überspringen dieser für die Schweine todbringenden Seuche auf die Hauschweinebestände verhindert werden. Hoffen wir, dass dies weiter gelingt.

Unseren Nachbarn in der Wallonie, in Belgien, ist das gelungen: Nach dem Ausbruch im September 2018 und 833 Nachweisen innerhalb eines Jahres brauchte es ein Jahr lang einschneidende Maßnahmen. Nach einem weiteren Jahr ohne weitere Infektionen ist das Land seit wenigen Wochen ganz offiziell wieder ASP-frei, also zwei Jahre nach dem ersten Ausbruch.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen alles dafür tun, damit die Afrikanische Schweinepest in unserem Bundesland gar nicht erst ausbricht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dazu wird die Landesregierung die Vorsorgemaßnahmen, die wir als erstes Bundesland ergriffen haben und die als Vorbild unter anderem für Brandenburg gedient haben, jetzt noch einmal ergänzen.

Die Wildtierseuchen-Vorsorge-Gesellschaft – ein gutes Wort – wird weiteres Zaunmaterial beschaffen und bereithalten. Damit kann eine sogenannte weiße Zone um die eigentliche Pufferzone herum mit einem doppelten festen Zaun errichtet werden, mit dem das Wechseln der Wildschweine unterbunden wird und die damit wildschweinfrei gemacht wird.

Was der Ausbruch der ASP bei Wildschweinen für den Schweinefleischmarkt bedeutet, zeigt ein Blick auf die Preisnotierungen: Allein seit dem ersten ASP-Fall in Deutschland vor elf Wochen ist der Erzeugerpreis um 16 % gesunken. Nicht auszudenken, was passieren würde, wenn die Seuche auf einen Hauschweinebestand übergehen würde.

Wir appellieren an wirklich jeden Schweinehalter, die Biosicherheitsmaßnahmen für den eigenen Betrieb zu überprüfen und auf längere Zeit ganz penibel einzuhalten.

Bereits jetzt ist es möglich – damit sollte begonnen werden –, dass Landwirte für ihre Schweinebestände durch regelmäßige Früherkennungsuntersuchungen den EU-rechtlich abgesicherten sogenannten ASP-Status erreichen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Diese Untersuchungen sind aufwendig; sie müssen über einen langen Zeitraum sehr sorgfältig von Tierärzten durchgeführt werden.

Durch gezielte Überzeugungsarbeit und durch Fördermaßnahmen wollen wir helfen, dass mehr Schweinehaltende Betriebe als bisher auf freiwilliger Basis an diesem ASP-Freiprogramm teilnehmen.

Am wichtigsten ist es aber, die Verschleppung der ASP-Infektion zu verhindern. Die Verbreitung kann über zwei Wege erfolgen: Menschen können den Erreger über weite Strecken transportieren, zum Beispiel über kontaminierte Kleidung, über infizierte Lebensmittel, namentlich Wurstreste, die auf keinen Fall an Schweine gelangen dürfen.

Der zweite Übertragungsweg von Wildschwein zu Wildschwein muss weniger wahrscheinlich werden. Es ist eine ganz einfache Wahrheit: je weniger Wildschweine, desto weniger Möglichkeiten, die Seuche weiterzutragen.

Wir sind den Jägern für das dankbar, was sie in den letzten Jahren auf diesem Gebiet schon geleistet haben. Wer schon einmal verfolgt hat, wie viele Nächte die Jäger auf dem Hochsitz verbringen, um dann vielleicht ein Schwein zu erlegen, hat großen Respekt davor, was es heißt, den Bestand der Schweine zu reduzieren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Dazu geben wir den Jägern jetzt die Nachtzieltechnik in Form der sogenannten Dual-Use-Geräte an die Hand. Damit steigen die Gelegenheiten für eine

sichere Schussanbringung, also mehr erlegte Wildschweine und mehr Tierschutz durch sichere Ansprache. Zudem setzen wir die Hilfe bei den Kosten der Trichinenbeschau fort.

Die Jägerschaft bekommt von uns die Mittel an die Hand, die sie braucht, um die Zahl der Wildschweine spürbar wieder auf das Ziel zwei Tiere je 100 ha zu senken.

Es ist wirklich ernst; deshalb sind hier alle gefordert und – lassen Sie mich das zum Schluss sagen – ganz besonders der Landesbetrieb Wald und Holz mit seiner Vorbildfunktion. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Haupt.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Afrikanische Schweinepest ist eine Seuche, die sowohl Wild- als auch Hausschweine betrifft und eine große Bedrohung für die Tiere und die Landwirtschaft darstellt.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Die Ausbrüche in Osteuropa, aber auch in Belgien haben gezeigt, was alles passieren kann. Seit September ist diese Seuche nun erstmals auch in Deutschland aufgetreten: erst in Brandenburg und dann in Sachsen. Dabei wird es wohl leider nicht bleiben, denn Nordrhein-Westfalen liegt nicht auf einer Insel, sodass wir auf alles vorbereitet sein müssen.

Für die Schweinehalter im Land wäre ein Seuchenausbruch mit all seinen Folgen der absolute Albtraum. Niemand möchte die Mechanismen der Seuchenbekämpfung in Gang setzen müssen, schon gar nicht unsere Ministerin, denn das sind Bilder, die man nicht wirklich sehen möchte und die wir unbedingt verhindern wollen und sollen.

(Beifall von der FDP)

Daher ist es gut und richtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen schon frühzeitig notwendige Maßnahmen getroffen haben. Auf jeden Fall – da dürften wir uns alle einig sein – wäre es aber am besten, es käme erst gar nicht zu einem Ausbruchsfall. Deshalb setzen wir alles daran, bei uns einen Ausbruch der ASP zu verhindern.

Der wohl risikoreichste Verbreitungsfaktor ist hierbei die Wildschweinpopulation. Sie ist auf einem sehr hohen Niveau und verstärkt somit entscheidend die Gefährdungslage. Daher ist zur Seuchenbekämpfung eine Bestandsreduktion der Wildschweinpopulation von größter Bedeutung.

Viel zu oft bleibt außen vor, dass die Seuche nicht nur für Landwirte sowie für vor- und nachgelagerte Bereiche eine Katastrophe ist, sondern auch für die Tiere selbst. Für die Tiere ist die ASP der sichere Tod. Infizierte Schweine leiden erheblich und werden qualvoll. Unsere Präventionsanstrengungen sind daher auch eine Frage des Tierwohls.

Wir vertrauen dabei ganz auf unsere Jägerschaft, auf die wir in dieser Lage mehr als sonst angewiesen sind. Diese müssen wir so gut wie möglich ausstatten, damit sie die von uns aufgetragene Aufgabe erfolgreich erfüllen kann. Dazu gehört insbesondere die Zulassung von Nachtsichtgeräten. Andere Bundesländer haben gute Erfahrungen damit gemacht, sodass wir uns dem gerne anschließen würden. Schließlich kann man auch mal von anderen Bundesländern Gutes lernen.

Zudem wollen wir mit unserem Antrag sicherstellen, dass die notwendigen Schutzzäune in ausreichender Menge vorhanden sind. Wir möchten die Schweinehaltenden Betriebe ermutigen, weiterhin zur Prävention beizutragen und am ASP-Früherkennungsprogramm teilzunehmen. Außerdem halten wir es für sinnvoll, den Landesbetrieb Wald und Holz an der Jagd auf Wildschweine im Staatsforst zu beteiligen.

Wir müssen alles in unserer Macht Stehende mobilisieren, um einen Ausbruch zu verhindern, um unsere Landwirtschaft und alle Existenzen, die von der ASP bedroht sind, zu schützen, dem Tierwohl Rechnung zu tragen und die Mechanismen der Seuchenbekämpfung mit ihren unschönen Bildern erst gar nicht in Gang setzen zu müssen.

Daher bitte ich Sie: Stimmen Sie diesem Antrag zu und lassen Sie uns alles Erforderliche unternehmen, um diese Seuche in Nordrhein-Westfalen noch abwenden zu können.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Haupt. – Die nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktuell führen wir viele Virusdiskussionen: Neben Corona hält uns auch die Afrikanische Schweinepest in Atem.

Über das Thema „Afrikanische Schweinepest“ reden wir schon sehr viel länger. Dabei lautete die Frage ja nicht, ob die Afrikanische Schweinepest kommt, sondern wann sie kommt.

Nun ist das klar erkennbar. Ende September hatten wir 32 amtlich bestätigte Fälle, mittlerweile sind es mehr als 170 bestätigte ASP-Fälle beim Schwarzwild in Brandenburg und Sachsen. Deshalb haben wir

das Thema im Ausschuss immer wieder aufgegriffen, immer wieder nachgefragt. Daher kann ich sagen: Diese Landesregierung hat berichtet und vieles angeführt. Liebe Kollegen der CDU und der FDP, deswegen verstehe ich Ihren Antrag nicht.

(Zurufe von Rainer Deppe [CDU] und Stephan Haupt [FDP])

Ich gehe dem jetzt einmal nach und schaue, was alles von der Ministerin erklärt worden ist. Es ist im Übrigen nicht das erste Mal, dass ich mich vor Ihre Ministerin stellen und sie schützen muss, wenn ihre regierungstragenden Fraktionen einen solchen Antrag vorlegen.

(Stephan Haupt [FDP]: Das bekommt sie schon alleine hin!)

Ich gehe der Reihe nach vor.

Es gibt in jedem Kreis Krisenübungen mit dem Landestierseuchenkontrollzentrum; das ist auch bei mir im Kreis so. Da ist alles koordiniert und aufeinander abgestimmt.

Im Januar 2019 ist der Rahmenvertrag mit der Wildtierseuchen-Vorsorge-Gesellschaft abgeschlossen worden. Auch da arbeiten alle zusammen.

Die Jagdzeiten für Schwarzwild wurden ausgeweitet, und die Gebühren für Trichinenuntersuchungen beim Schwarzwild wurden und werden weiterhin vom Land übernommen.

Im Dezember 2019 gab es in NRW die ASP-Jagdverordnung. Interessant dabei: In § 2 Abs. 6 steht, dass künstliche Lichtquellen sowie Nachtsichtgeräte verwendet werden können, wenn die untere Jagdbehörde dies genehmigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ministerin kann also schon heute diese Form der Bejagung zulassen. Das ist eine Verordnung, das muss nicht im Parlament behandelt werden.

Ich gebe Ihnen recht, dass wir die Ausbreitung vermeiden und alles daran setzen müssen, dass die ASP nicht in unser Bundesland kommt. Außerdem ist es gar keine Frage, dass die Landwirtschaft im Falle eines Ausbruchs in NRW schwerwiegende wirtschaftliche Einbußen erleiden wird. Wir müssen vermeiden, dass die Existenzen schweinehaltender Betriebe in NRW ruiniert werden. Dem schließe ich mich an.

Mir stellt sich jedoch die Frage, ob dieser Antrag nur gestellt wurde, damit CDU und FDP suggerieren können: Wir stehen an der Seite dieser Betriebe und kümmern uns um sie.

Ihre zarte Formulierung, für landwirtschaftliche Betriebe, die am ASP-Früherkennungsprogramm teilnehmen, eine Förderung in Aussicht stellen zu wollen, fand ich verwunderlich. Dazu gibt es die Aussage der Ministerin, sie glaube nicht, dass wir eine Export-

beschränkung aufgehoben bekämen, wenn wir diese Dinge täten.

Abschließend zur Bejagung des Schwarzwilds. Warum fordern Sie vor allem den Landesbetrieb Wald und Holz auf, in Ihren Staatsforsten die Jagd auf Wildschweine zu forcieren? Wir wissen doch, dass über 60 % der Wälder in NRW in privatem Besitz sind. Deswegen hoffe ich darauf, dass wir bei der Novelle des Bundesjagdgesetzes eine Möglichkeit eröffnet bekommen, eine ganz konsequente Bejagung auf den Weg zu bringen, damit auch da endlich Verantwortung übernommen wird. Aus dem Verfassungsgutachten wissen wir, dass 50 % der Bäume, die hochkommen wollen, verbissen sind. Wir hoffen daher, dass da etwas kommt.

Interessant finde ich aber den Hinweis, den ich im „Wochenblatt“ lesen konnte: Zurzeit fallen über die Hälfte aller Bewegungsjagden wegen der Coronapandemie aus. – Das hat der Deutsche Jagdverband im Zuge einer Online-Blitzumfrage erhoben. Als häufigster Grund dafür wurde die unsichere Informationslage der Landesregierung genannt.

(Henning Rehbaum [CDU]: Die ist sowas von eindeutig!)

Das ist doch ein Aspekt, den Sie Ihrer Ministerin mit auf den Weg geben sollten. Warum wird, wenn es die untere Jagdbehörde schon heute kann, nicht kommuniziert, in welcher Form Drückjagden jetzt umgesetzt werden können – insbesondere in Zeiten, in denen wir die Bekämpfung des Schwarzwilds brauchen?

Dieser Antrag ist also nicht falsch. Prävention zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest ist angesagt. Allerdings enthält Ihr Antrag wenig Neues, und er stellt wenig Forderungen – zumindest solche, die nicht schon umgesetzt sind. Deswegen werden wir uns enthalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Rüße.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Schwarzwildjagd“ haben wir, auch im Zusammenhang mit der ASP, schon häufiger, auch im Ausschuss, diskutiert.

Wir Grünen haben die Schwarzwildjagd im Februar 2018 – das ist schon zweieinhalb Jahre her – in einem Antrag thematisiert. In diesem Antrag haben wir genau den Aspekt „Nachtsichtgeräte“ aufgegriffen. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie den Antrag, in dem wir viele Möglichkeiten erwähnt haben, damals etwas ernsthafter, als Sie es getan haben, mit uns diskutiert

hätten. Die Ministerin war dazu bereit, von CDU und FDP kam dazu eher wenig.

Außerdem frage ich mich, ob Sie danach an Ihrem Antrag gearbeitet haben, er dann in der Schublade lag und Sie ihn vergessen haben, dann irgendwie der Impuls „Da war doch was; wir wollten doch was zur Jagd machen!“ kam und Sie deshalb diesen Antrag zu Nachtsichtgeräten aus der Schublade gezogen haben. Dummerweise kommt dann das Bundeskabinett, und beschließt das alles schon. Was Sie heute hier fordern, hat das Bundeskabinett, die Bundeslandwirtschaftsministerin durch; das wird gemacht.

(Henning Rehbaum [CDU]: Wann?)

Daher hätten wir den Antrag, wenn wir ehrlich miteinander sind, absetzen und sagen können, dass wir ihn nicht mehr brauchen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

– Regen Sie sich nicht auf, Herr Deppe. Die Zielrichtung in Ihrem Antrag finde ich richtig. Da gibt es überhaupt keine Frage und keinen Dissens. Ich habe immer gesagt, dass ich Nachtsichtgeräte für absolut richtig halte – auch aus Tierschutzgründen –, weiß aber auch, welche Diskussionen ich in der Vergangenheit mit Jägern geführt habe. Die sagen, es sei überhaupt nicht waldderecht, mit Nachtsichtgeräten auf die Jagd zu gehen, und lehnen außerdem ab, Schalldämpfer einzusetzen. Ich bin sehr dafür, dass wir im 21. Jahrhundert bei der Jagd Schalldämpfer einsetzen. Jagd muss sich auch verändern. Und das sind zwei Punkte, wo das zu passieren hat.

Ich will aber auch noch einmal daran erinnern – es ist viel gesagt worden im Zusammenhang mit der Schweinehaltung und der Gefährdung –, dass natürlich der Mensch das größte Problem ist. Richtigerweise ist aber auch darauf hingewiesen worden, dass die Wildschweine auch ein Gefährdungspotenzial aufweisen.

Es lohnt sich immer, auch mal in ältere Broschüren reinzugucken. Etwa 2010 gab es eine Broschüre zu den Wildschweinbeständen des Landesbetriebs Wald und Holz. Woran liegt es, dass wir diese hohen Wildschweinbestände haben? Da ist immer das Argument gekommen: Es liegt am Mais, es liegt am Mais, es liegt am Mais. Das ist falsch, falsch, falsch! Da, wo wir den meisten Mais haben, haben wir die wenigsten Wildschweine. Aber im Kreis Euskirchen, wo es gar nicht viel Mais gibt, haben wir mehr Wildschweinabschüsse als im ganzen Münsterland zusammen.

(Zurufe)

Dass die Wildschweinbestände so angestiegen sind, liegt an etwas ganz anderem, nämlich an dem veränderten Umgang der Jäger mit dem Wildschwein. Sie haben es jahrzehntelang nicht wirklich bekämpft. Sie

haben es im Gegenteil gehegt und gepflegt, und das ist etwas, was wir rückgängig machen müssen.

Ich erinnere auch daran, was der ISN-Vorsitzende gesagt: Eigentlich kommen wir mit den Jägern, die wir haben, nicht aus. Wir brauchen eine professionelle Jagd auf Wildschweine. Die Jagdstrecken sind bei den Wildschweinen zwar angestiegen, aber nicht genug. – Das wissen wir alle. Da müsste noch viel mehr geschehen.

Ich fordere Sie, Frau Heinen-Esser, als Ministerin auf, mit den Berufsjägern noch einmal in die Diskussion zu kommen, was wir noch tun können, um die Jagdstrategie so zu verändern, sodass – das ist auch naturschutzfachlich sinnvoll; das wollen wir doch auch – die Wildschweinbestände ein Stück weit runtergefahren werden. Das muss passieren. Dafür reicht so ein Antrag, wie wir ihn heute vorliegen haben, noch nicht aus.

Ich sage für meine Fraktion: Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil er die richtige Richtung hat. Aber, wie gesagt, er kommt eigentlich zu spät. – Vielen Dank und schönes Wochenende.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Henning Höne [FDP])

– Ich hab den Antrag doch früher gestellt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat jagdpolitisch zu Beginn der laufenden Legislaturperiode vieles richtig gemacht, insbesondere die Revision des ideologischen und jägerfeindlichen Jagdgesetzes von Umweltminister Remmel war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir sind da gerne mitgegangen.

Seither ist es ein bisschen still um das Thema geworden. Das sieht man jetzt auch an dem vorliegenden Antrag. Sie schreiben es sogar selbst: Neun von 16 Bundesländern sind angesichts der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest bereits den Schritt gegangen und haben in der Jagd Nachtzieltechnik erlaubt.

Derweil scheint die neue Umweltministerin hier im Lande hauptsächlich damit beschäftigt zu sein, sich für den zukünftigen Koalitionspartner Grün schön zu machen und hat für die Belange der Jagd offenbar etwas weniger Zeit als ihre Vorgängerin. Anders kann man sich diesen Antrag jedenfalls kaum erklären, mit dem CDU und FDP die eigene Regierung dazu auffordern, etwas zu tun, was eigentlich schon längst hätte getan werden müssen. Herr Haupt, es

reicht halt für das größte Bundesland mit den meisten Schweinebetrieben nicht aus, dass man erwartet, was andere machen und dann hinterherläuft. Aber besser spät als gar nicht.

Jeder, der sich mit der Thematik etwas auskennt, weiß, dass die Bejagung von Schwarzwild für Jäger eine besondere Herausforderung darstellt. Das Wild ist sehr intelligent, sehr lernfähig und inzwischen ausschließlich nachtaktiv. Hinzu kommen einige hausgemachte Faktoren, die das zunehmend ungesunde und unkontrollierte Wachstum der Schwarzwildpopulation weiter begünstigen.

Herr Rüße, da muss ich Ihnen widersprechen. Ich weiß nicht, wo Sie das gelesen haben. Aber die Fachwelt ist sich eigentlich einig, dass der stark subventionierte Anbau von Energiemais, also gerade Ihre Politik und die damit verbundenen Monokulturen, viele negative Auswirkungen haben. In der Jägerwelt nennt man Mais ja auch „Schweinegold“.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Es ist ein überreichliches Nahrungsangebot, was natürlich auch zu einem starken Populationswachstum bei den Schweinen führt. Das ist Realität, meine Damen und Herren.

Außerdem konnten aufgrund der Coronapolitik – das wurde gerade auch schon angesprochen – in diesem Herbst kaum Drückjagden stattfinden, also keine Gesellschaftsjagden, wo aber traditionell die größten Jagdstrecken erlegt werden. Dementsprechend wird die Population in diesem Jahr noch stärker wachsen als in den vorangegangenen Jahren.

Nachtzieltechnik bietet hier eine Möglichkeit, ein bisschen Abhilfe zu schaffen. Mit den entsprechenden Optiken kann das Wild sicher angesprochen und beschossen werden. Das steigert nicht nur die Jagdstrecke, es dient natürlich auch dem Tierschutz. Denn ein sicherer Schuss erspart dem Wild unnötiges Leid.

Ich will aber nicht unerwähnt lassen – auch das hat Herr Rüße richtigerweise erwähnt –, dass das Thema auch in der Jägerschaft nicht unumstritten ist. Jagd ist eine sehr traditionelle Sache. Das Jagdgesetz ist eines der ersten Tierschutzgesetze der Welt. Waidmänner in Deutschland sind hervorragend ausgebildet und eben auch sehr traditions- und standesbewusst. Gerade im Zusammenhang mit der ASP-Bekämpfung fürchten viele, zu reinen Kammerjägern oder Ungezieferbekämpfern herabgestuft zu werden, die alleine an ihren Abschusszahlen gemessen werden.

Der ideologische und verbissene Kampf, der vor allem von linker Seite in den letzten Jahren gegen unsere Jäger geführt wurde, lässt diese Befürchtung natürlich auch nicht ganz unbegründet erscheinen. Aus den Reihen der Grünen wird seit Jahren ein Verbot der Jagd in ihrer bisherigen Form gefordert. Herr

Rüße sprach gerade auch schon wieder von der professionellen Jagd, also der hauptberuflichen. Diese sollen zukünftig wohl die Ehrenamtler ersetzen.

Die Union wehrt sich aktuell noch gegen solche Forderungen. Aber das kennen wir auch schon aus anderen Bereichen: Wer sich auf die Standfestigkeit der CDU verlässt, der ist unter Umständen auch schnell verlassen.

Wie dem auch sei: Wir werden den vorliegenden Antrag der Regierungsfractionen gerne mittragen, denn er ist nach Lage der Dinge überfällig. Und auf uns können sich die Jäger, aber auch die Schweinebauern verlassen. Dafür nehmen wir sogar das darin enthaltene und nicht sonderlich berechnete Eigenlob für die Landesregierung in Kauf.

Wir hoffen, dass die Ministerin – auch wenn es sich mal nicht um ein Klima-Blümchen-Thema handelt – schnell und unbürokratisch dafür sorgt, dass es dann auch umgesetzt wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Heinen-Esser jetzt das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass es gut ist, dass wir uns heute Vormittag – wir haben es gestern auch in der Haushaltsdebatte getan – noch einmal mit dem Thema „Afrikanische Schweinepest“ auseinandersetzen und damit zusammenhängend auch mit dem einen oder anderen Thema, das sich in den letzten Monaten weiterentwickelt hat.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen – ich glaube, das können wir mit Fug und Recht sagen – gut vorbereitet. Unsere Experten unterstützen auch die Bundesländer, in denen zurzeit die Afrikanische Schweinepest grassiert. Ich hoffe, dass wir an der Afrikanischen Schweinepest in Nordrhein-Westfalen vorbeikommen. Aber das muss man natürlich mit vielen Fragezeichen versehen; denn sie kommt bereits immer näher, aus dem Westen über Belgien und aus dem Osten. Wir haben auch erlebt, dass Funde in größeren Abständen vorkommen.

Die Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest – auch das haben wir gestern schon in den Debatten besprochen – sind allerdings schon heute für die Schweinehaltenden Betriebe deutlich spürbar. So gibt es beispielsweise Export- bzw. Importverbote nach China und in mehrere andere asiatische Länder.

Nun zu den Themen hier im Antrag, die gerade diskutiert wurden, zum Thema „Nachtsichttechnik für

die Jagd auf Wildschweine“. Es ist richtig: Wir haben in der ASP-Verordnung geregelt, dass Nachtsichtgeräte verwendet werden können. Allerdings gilt die Verordnung nur im Falle des Ausbruchs der ASP bei uns in Nordrhein-Westfalen und nicht im Normalregelfall wie heute, weil die ASP bei uns in Nordrhein-Westfalen zum Glück – toi, toi, toi! – noch nicht ausgebrochen ist.

Ich hatte auch erst gezögert und habe gefragt: Warum sollen wir jetzt noch die Nachsichttechnik zulassen, wenn sie doch nun bundesgesetzlich im neuen Bundesjagdgesetz geregelt wird? Experten in meinem Haus haben gesagt: Bis das neue Bundesjagdgesetz in Kraft tritt, wird es Herbst 2021. Deshalb sollten wir es hier in Nordrhein-Westfalen so halten, wie auch neun andere Bundesländer es halten. Deshalb werden wir das jetzt entsprechend umsetzen und künstliche Lichtquellen und Nachtsichtgeräte im Rahmen des derzeit gültigen Waffengesetzes zukünftig zulassen.

Wir haben uns mit dem Innenminister dazu abgestimmt.

Ein weiteres Thema betrifft die Zulässigkeit von Jagden zur Bejagung des Schalenwildes. Herzlichen Dank an Karl-Josef Laumann, dass wir dies in die aktuelle Coronaschutzverordnung mit aufnehmen konnten, um den Jägerinnen und Jägern weiterhin die Möglichkeit für die notwendige Bejagung des Schalenwilds ohne bürokratische Genehmigungsverfahren zu geben. Die Bewegungsjagden werden auch beim Landesbetrieb Wald und Holz weiter forciert. Insofern begeben wir ja auch einem Punkt im Antrag.

Ein nächster Punkt betrifft die Wildtierseuchen-Vorsorge-Gesellschaft. Das ist eine gute Initiative, die wir hier in Nordrhein-Westfalen schon sehr früh hatten. Denn die Sorge war ja sehr früh schon groß, dass die Schweinepest zu uns kommen könnte. Deshalb haben wir die Wildtierseuchen-Vorsorge-Gesellschaft gegründet. Wir erweitern den Vertrag mit der WSVG jetzt, um auch im Blick auf eine mögliche Errichtung einer „Weißen Zone“ schnell und effektiv handeln zu können.

Es gibt ja Themen, die man im Verfahren lernt, in diesem Fall bei Ausbruch der Schweinepest. Die Errichtung der „Weißen Zone“ haben wir nach den dortigen Erfahrungen von Brandenburg übernommen. Hier brauchen wir aber noch zusätzliche Zäune. Wir haben jetzt noch einmal 1,5 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt, um diese Zäune anschaffen zu können, um dann tatsächlich auch diese „Weiße Zone“ zu errichten.

Der letzte Punkt ist natürlich die Statusuntersuchung bei den schweinehaltenden Betrieben. Wir werben sehr dafür, diese Statusuntersuchungen durchzuführen, damit die Betriebe im Falle des Falles ASP-frei sind. Die Notwendigkeit dieser Untersuchungen ist bei den Landwirten aber noch nicht so ganz ange-

kommen. Deshalb prüfen wir jetzt, ob wir einen kleinen zusätzlichen Anreiz geben können, indem die Kosten für die Statuserlangung gesenkt werden können.

In diesem Sinne haben wir wieder weitere Maßnahmen in Gang gesetzt oder werden sie in Gang setzen. Ich hoffe, dass wir sie nicht anwenden müssen, aber es ist immer gut zu wissen, dass man vorbereitet ist. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den eben debattierten Antrag von CDU und FDP, und es ist direkte Abstimmung beantragt. Deshalb frage ich, wer dem Inhalt dieses Antrages zustimmen möchte. – Das sind die CDU, die FDP und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Niemand.

(Norwich Rüße [GRÜNE] zeigt auf.)

– Herr Rüße, ich weiß, dass Sie Ihre Zustimmung im Redebeitrag signalisiert haben, aber es hat sich leider niemand gemeldet.

(Unruhe)

Also: Die Grünen möchten auch zustimmen? Das ist korrekt? – Dann korrigiere ich das zuerst festgestellte Abstimmungsergebnis bei den Ja-Stimmen: Mit Ja haben gestimmt CDU, FDP, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Dagegen gestimmt hat niemand. – Enthaltungen sind, wie angekündigt, bei der SPD-Fraktion. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/11846** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

4 Wie hoch ist der Investitionsstau bei der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen?

Große Anfrage 27
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9653

Die Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage liegt noch nicht vor. Die Frist des § 90 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung, wonach Große Anfragen innerhalb eines Vierteljahres zu beantworten sind, ist verstrichen.

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 19. November 2020 gemäß § 90 Abs. 3 der Geschäftsordnung beantragt, die Große Anfrage 27 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen.

Zu einer zusätzlichen mündlichen Begründung der Großen Anfrage erteile ich jetzt für die fragstellende Fraktion Frau Kollegin Philipp das Wort.

Sarah Philipp (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das könnte heute im Parlament eine Debatte über den Investitionsstau und den Investitionsbedarf in Nordrhein-Westfalen sein. Es könnte also eine Debatte sein über die wichtigsten Zukunftsfragen des Landes, aber diese Debatte können wir leider heute so nicht führen.

Was ist der Grund dafür? – Die Landesregierung – die Präsidentin hat es zur Einleitung des Tagesordnungspunktes gesagt – hat unsere Große Anfrage nicht fristgerecht beantwortet. Diese Landesregierung verletzt also seit Monaten

(Henning Rehbaum [CDU]: Die hat ja auch sonst nichts zu tun!)

– und das nicht zum ersten Mal – die Informationsrechte dieses Landtags. Deswegen haben wir das hier heute auf die Tagesordnung setzen lassen.

(Beifall von der SPD)

Das ist also heute leider keine Debatte über die Zukunftsfragen hier in Nordrhein-Westfalen, sondern es ist leider – von der Landesregierung verschuldet – zu einer Debatte über die Missachtung des Parlaments durch die Regierung geworden.

Das ist bemerkenswert, aber das ist leider auch nicht zum ersten Mal der Fall; denn in dieser Legislaturperiode hat es die Landesregierung tatsächlich fertiggebracht, keine der zehn von meiner Fraktion gestellten Großen Anfragen innerhalb der Frist von drei Monaten zu beantworten. Noch einmal in aller Deutlichkeit: In allen Fällen war die Beantwortung verfristet. Sechsmal dauerte es sogar doppelt so lange oder länger, mehr als 180 statt 90 Tage.

Das ist bemerkenswert, denn man muss schon sehr, sehr tief in die Archive des Landtags schauen, um herauszufinden, wann das letzte Mal hier im Plenum über eine nicht beantwortete Große Anfrage debattiert worden ist, gesprochen worden ist. Das war – wir haben da mal ganz tief in die Kiste geschaut – am 22. Februar 1989. TOP 6 war damals auf der Tagesordnung die Große Anfrage der CDU zu den Abfallentsorgungsplänen. Am 22. Februar 1989 war Deutschland noch geteilt, und ich persönlich stand kurz vor meiner Einschulung.

(Heiterkeit von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, hier spreche ich heute für meine Fraktion, aber ich spreche alle Parlamentarier an und vor allen Dingen auch Sie. Es geht hier darum, unser gemeinsames Verständnis, unser Selbstverständnis

über alle Parteigrenzen hinweg heute noch einmal zu klären.

Ich will, weil das sehr gut passt und das Ganze richtig einordnet, die jetzige Vizepräsidentin des Landtages zitieren. Zu Beginn der 16. Wahlperiode hat sie – damals als Landtagspräsidentin – sehr schön zusammengefasst und deutlich gemacht, was für dieses Parlament gelten sollte. Frau Vizepräsidentin, ich zitiere Sie mit Ihrer Erlaubnis:

(Heiterkeit von Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Erst kommt das Parlament, dann kommt die Regierung.

Die damalige Präsidentin hat angemahnt, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen müssen, dass der Landtag in seinen Kompetenzen und in seinen Rechten ein Parlament auf Augenhöhe ist. Das ist wichtig, und das sollte hier auch immer gelten.

(Beifall von der SPD)

Wer die Rechte der Opposition missachtet, der verletzt nämlich auch die Rechte der Mehrheitsfraktionen. Das will ich hier in aller Deutlichkeit sagen. Denn das Parlament als Ganzes ist das höchste Staatsorgan des Landes.

Ich will nicht nur die Vizepräsidentin zitieren, sondern ich will auch den aktuellen Landtagspräsidenten vom vergangenen Mittwoch zitieren, weil auch das sehr gut gepasst hat zu dem, was wir hier heute besprechen. Der sagte nämlich vorgestern:

„Dieses Parlament ist das Herz der Demokratie in Nordrhein-Westfalen, und es schlägt auch in dieser Coronakrise laut und fest.“

Damit es laut und kräftig schlagen kann, dürfen wir die Parlamentsrechte hier nicht aushöhlen. Darauf müssen wir alle miteinander aufpassen. Das ist ganz, ganz wichtig, damit wir hier im Parlament nicht die Augenhöhe verlieren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Eine der wichtigsten Funktionen dieses Parlamentes ist die Kontrolle des Landtags gegenüber der Landesregierung. Das ist die Aufgabe, die wir zu jeder Zeit übernehmen müssen, und diese wichtige Aufgabe fällt dann eben überwiegend und im Wesentlichen den Oppositionsfractionen zu, und dieses Recht wird zum wiederholten Male durch Untätigkeit der Regierung beschnitten.

Wir haben am 9. Juni dieses Jahres die Große Anfrage 27 zum Thema „Wie hoch ist der Investitionsstau bei der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen?“ eingebracht, und die Landesregierung war bis heute nicht willens, diese Frage zu beantworten. Die Frist zur Beantwortung unserer Fragen ergibt sich aus der Geschäftsordnung, nämlich ein Vierteljahr. Das wäre also am 9. September 2020 der Fall gewesen. Die letzte Reaktion des Finanzministers ist die Bitte um zweite

Fristverlängerung mit Schreiben vom 11.11.2020. Hier ist nur von – ich zitiere – „voraussichtlich zu Beginn des ersten Quartals 2021“ die Rede, wann dann endlich die Beantwortung vorliegen soll. Zu einem nicht näher bestimmten Zeitpunkt sollen also die Antworten kommen. Das habe ich in all den Jahren, in denen ich hier im Landtag bin, noch nicht erlebt. Das können wir Ihnen so nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD)

Wir als SPD-Fraktion hatten am 3. März 2020 hier im Landtag einen Antrag zum Thema „Investitionen für NRW – Bedarfe ermitteln, um zu handeln“ gestellt. In der Debatte haben Sie, Herr Minister – ich zitiere Sie gerne, auch wenn Sie gerade nicht zuhören –, gesagt: Wir decken die notwendigen Investitionsbedarfe, wir investieren an den richtigen Stellen.

Aber uns können oder uns wollen Sie die wichtigen Fragen offensichtlich nicht beantworten, weil Ihnen die Zahlen nicht vorliegen.

Ich bin, Herr Minister, sehr gespannt, wie Sie gleich auf meinen Debattenbeitrag hier reagieren möchten, weil Sie die ganze Zeit überhaupt nicht zugehört haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie sind also nicht willens, diese Fragen zu beantworten,

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Sie machen das zum wiederholten Male. Ich will Sie hier – und dann komme ich auch zum Ende – noch einmal ausdrücklich auffordern: Überdenken Sie bitte Ihren Stil gegenüber der Opposition, überdenken Sie insbesondere Ihren Stil gegenüber diesem Parlament.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Ändern Sie dieses Verhalten und beantworten Sie endlich unsere Frage. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Philipp. – Als Nächstes hat für die Landesregierung Herr Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Über Investitionen im Land Nordrhein-Westfalen zu sprechen, ist immer wichtig. Wir hatten bei der Generaldebatte zum Haushalt die Gelegenheit, bereits intensiv über die Investitionen, über die Investitionsquote und die Verbesserungen, die diese Landesregierung gegenüber den Vorgängerregierungen erreicht hat, zu sprechen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Darum geht es doch gar nicht, Herr Minister!)

Insofern brauchen wir das inhaltlich nicht zu wiederholen.

(Lachen von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Es gibt tatsächlich komplexe Fragen, die Sie gestellt haben. Die verdienen eine komplexe Beantwortung, und die wird erfolgen, sobald alle Daten vorliegen und aufbereitet sind. Selbstverständlich freue ich mich dann auf eine ausführliche Debatte.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Das ist eine Missachtung des Parlaments! – Dietmar Bell [SPD]: Unfassbar! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie ... Herr Minister, ich habe keine Gelegenheit gehabt,

(Sebastian Watermeier [SPD]: Frau Präsidentin!)

Sie zu unterbrechen. Es gab den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Zimkeit.

(Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen, verneint.)

– Gut.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Nicht nur unverschämt, sondern auch feige!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen ... – Herr Mostofizadeh hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich eigentlich aus der Redeliste austragen lassen, da es ein Anliegen der Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion ist. Aber nach dem Auftritt, Herr Minister, den Sie heute hier hingelegt haben ...

Ich muss der Kollegin Philipp zustimmen. Sie haben während des gesamten Wortbeitrages von Frau Philipp mit anderen Leuten der Landesregierung geredet und hatten weder Mumm noch Anstand, hier zuzuhören. Die Antwort, die Sie hier abgegeben haben, Herr Minister, steht relativ wenig im Einklang mit der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen. Das möchte ich an der Stelle sehr klar feststellen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die SPD-Fraktion hat keinen Antrag zur Sache gestellt, sondern die SPD-Fraktion hat eine Große Anfrage eingereicht, und zwar vor fünf Monaten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Landesregierung hat die Pflicht, die Fragen der SPD-Fraktion nach bes-

tem Wissen und Gewissen zu beantworten und nicht das Handeln der Landesregierung darzustellen.

Ich möchte für meine Fraktion hier an dieser Stelle sehr klar formulieren, dass ich das für unanständig und unangemessen halte. Das, was Sie hier heute abgeliefert haben, akzeptiere ich nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist erkennbar nicht der Fall.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Keine Verteidigung?)

– Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Die SPD-Fraktion hat auch keine Redezeit mehr übrig; sie hat ihre bereits überzogen. Ich stelle fest: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zu:

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11841

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Kollegin Aymaz das Wort.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ich bin etwas verduzt, weil ich auf der Regierungsbank die zuständigen Minister absolut nicht sehe

(Josefine Paul [GRÜNE]: Es ist überhaupt niemand mehr von der Landesregierung da!)

und mich frage, ob sie tatsächlich so wenig Interesse an einem so zentralen Thema,

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

das seit Jahren die Kommunen beschäftigt, haben. Das verduzt mich umso mehr, weil der Minister Stamp sein Amt mit der großen Ansage angetreten hat, die Kommunen zu entlasten und zu unterstützen. Aber gut.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Seit bereits zwei Jahren liegt das Lenk-Gutachten der Universität Leipzig vor, in dem festgestellt wurde, dass die Kostenerstattung des Landes an die Kommunen für die Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten völlig unzureichend und absolut nicht auskömmlich ist. Im Durchschnitt müssen die Kommunen etwa 2.500 Euro je Geflüchteten im Jahr mehr aufwenden, als sie vom Land tatsächlich erhalten. Dabei bestehen große Unterschiede zwischen kreisfreien und kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Vor diesem Hintergrund haben die Kommunen im letzten Jahr zu Recht fast wöchentlich Alarm geschlagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich bei ihrer Aufgabe der Unterbringung und Integration von Neuzugewanderten vom Land im Stich gelassen fühlen.

Hier noch einmal eindrucksvolle Zahlen zur Situation vor Ort: In meiner Heimatstadt Köln werden nur knapp 30 % der Gesamtkosten durch das Land abgedeckt. Die Stadt Witten mit knapp 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern muss rund 6 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt für die Kosten von 700 Geflüchteten, davon 400 Geduldete, aufbringen.

Bei der Stadt Dortmund ist mittlerweile für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ein Eigenanteil von rund 37,6 Millionen Euro für das Jahr 2017 und rund 30,2 Millionen Euro für das Jahr 2018 angefallen.

Dieser Zustand ist nicht mehr hinnehmbar!

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hätte ich gerne dem Minister hier persönlich gesagt. Allerdings ist er nicht zugegen. Denn er hat sein Amt als Flüchtlingsminister mit dem großen Versprechen angetreten, die Kommunen für ihre Aufgaben finanziell zu stärken. Passiert ist bislang nichts. Heute hat er noch nicht einmal ein Interesse an dieser Debatte. Das macht mich wirklich fassungslos.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wie oft haben wir in den letzten Jahren mit Anträgen, Anfragen und Haushaltsänderungen den Minister aufgefordert, die Kommunen, die so wertvolle und wichtige Arbeit leisten, endlich auskömmlich zu finanzieren? Aus unserer Sicht sind die Anhebung der FlüAG-Pauschale und die Übernahme der Kosten für Geduldete auch über drei Monate hinaus längst überfällig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Einzige, was wir von Herrn Minister Stamp in dieser Sache zu hören bekommen, ist der Hinweis auf die rückläufigen FlüAG-Bestandszahlen und die damit einhergehenden rückläufigen Ausgabeentwicklungen. Dabei blendet er vollständig aus, dass

die Zahlen der Geduldeten in den Kommunen stetig steigen. Laut aktuellem Quartalsbericht „Asylsystem“ hat sich die Zahl der Geduldeten in NRW auf 64.860 Personen erhöht. Zum Vergleich: Im zweiten Quartal 2020 waren es noch 62.300.

Unsere Städte und Gemeinden werden also nach wie vor bei der Versorgung und Unterbringung von Geduldeten über die ersten drei Monate hinaus komplett alleine gelassen. Auch mit dem Haushaltsentwurf für 2021 – das haben wir auch in den Debatten gestern noch einmal erörtert – ändert sich an diesem unhaltbaren Zustand nichts.

Ich fasse also zusammen: Herr Minister Stamp und die schwarz-gelbe Landesregierung verharren weiter in Untätigkeit und lassen die Kommunen im Regen stehen. Die lang versprochene Anpassung der FlüAG-Pauschale bleibt weiterhin aus, obwohl ein sehr guter gemeinsamer Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände vorliegt.

Orientiert an diesen Vorschlägen haben wir nun die Initiative ergriffen und einen Gesetzentwurf zur längst überfälligen Änderung der FlüAG-Pauschale vorgelegt.

Ich freue mich auf die weitere Beratung dazu im Ausschuss, dann hoffentlich auch mit dem zuständigen Minister. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Abgeordnete Aymaz. – Bevor ich nachfolgenden Rednern gemäß Rednerliste das Wort erteile, erteile ich zunächst Herr Kollege Mostofizadeh von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die sich zur Geschäftsordnung gemeldet hat, das Wort.

Zur Geschäftsordnung

Mehrdad Mostofizadeh* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich dachte, der Tagesordnungspunkt davor wäre schon ein Höhepunkt bzw. Tiefpunkt der parlamentarischen Auseinandersetzung hier gewesen.

Während des Tagesordnungspunktes zum Flüchtlingsaufnahmegesetz war kein Mitglied der Landesregierung, kein Minister und keine Ministerin und auch nicht der Ministerpräsident, anwesend. Mittlerweile sind ja zumindest zwei nichtzuständige Minister im Raum und unterhalten sich.

(Sarah Philipp [SPD]: Sie könnten wenigstens mal zuhören!)

Deswegen **beantragen wir nach § 65 Abs. 1 der Geschäftsordnung**, dass sowohl die Ministerin Scharrenbach als auch der Minister Stamp an dieser Debatte teilnehmen sollen. Wir beantragen, die Sitzung zu unterbrechen, bis das der Fall ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag nach § 65 unserer Geschäftsordnung ist gestellt worden. Ich darf fragen, ob dazu die Aussprache erwünscht ist? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Da zwei Minister herbeizitiert werden sollen, lasse ich für diese beiden getrennt abstimmen.

Zunächst einmal frage ich, wer die Ministerin Scharrenbach nach den Regelungen unserer Geschäftsordnung herbeizitieren möchte? – Das sind die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD.

(Minister Dr. Joachim Stamp betritt den Plenarsaal. – Beifall von den GRÜNEN – Sarah Philipp [SPD]: Herzlich willkommen! – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Schön, dass Sie es geschafft haben! – Zuruf von den GRÜNEN: Ah!)

Damit stelle ich fest, dass dieser **Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat**.

Darüber hinaus wurde der Antrag gestellt, Herrn Minister Dr. Stamp herbeizuzitieren.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Er hat es ja jetzt geschafft! 10 Minuten hat er verplempert! – Josefina Paul [GRÜNE]: Man hat ihn endlich erreicht!)

Da Herr Minister Dr. Stamp mittlerweile anwesend ist, ist der Antrag nach meinem Dafürhalten gegenstandslos. Insofern erübrigt sich die Abstimmung. Herr Minister Dr. Stamp ist ja jetzt anwesend.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Niemand aus der ganzen Landesregierung war anwesend! Das ist unglaublich, Herr Minister!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit können wir in der Beratung zum Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/11841 „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge“ fortschreiten.

Für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Aymaz den Antrag bereits eingebracht. Nun hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Blondin das Wort.

Marc Blondin (CDU): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass es jetzt an dieser Stelle so zügig weitergehen kann.

Keine Sorge: ich habe jetzt in einem Anflug vorweihnachtlicher Stimmung nicht vor, hier vorne zu singen, auch wenn man mir sogar nachsagt, dass man mein Singen ganz gut ertragen könne.

(Beifall von der CDU und Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Nichtsdestotrotz müssen wir ja ernsthaft weiterdiskutieren.

Deswegen: Alle Jahre wieder und mit schöner Regelmäßigkeit stellen SPD und Grüne Anträge, um über die kommunale Entlastung bei den Flüchtlingskosten und im Kern über eine Anpassung der FlüAG-Pauschalen zu debattieren. So auch heute wieder. Dieses Mal ist es kein Antrag oder eine Anfrage im Kommunalausschuss – nein, dieses Mal bringen die Grünen gleich einen eigenen Gesetzentwurf ein.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Das ist natürlich Ihr gutes Recht, Frau Aymaz, doch auch dieser Gesetzentwurf ändert nichts an den Tatsachen.

Tatsache ist: Das Lenk-Gutachten zur Evaluierung der Kostenpauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz liegt seit rund zwei Jahren vor und empfiehlt eine Anpassung der FlüAG-Pauschalen auf mindestens 10.500 Euro für kreisangehörige Städte und Gemeinden und auf mindestens 13.500 Euro für kreisfreie Städte. Auch der Tenor der Anhörung im vergangenen Jahr ging in diese Richtung.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Gutachten nicht seit zwei Jahren einfach nur in der Schublade liegt, sondern als Grundlage für intensive Verhandlungen unseres Ministers Dr. Stamp mit den kommunalen Spitzenverbänden dient.

Ziel der Landesregierung war es immer und ist es bis heute, eine einvernehmliche Regelung mit den kommunalen Verbänden zu erzielen, und es zeichnet sich ein Ergebnis ab. In der letzten Sitzung des Integrationsausschusses hat Minister Dr. Stamp die Umsetzung des Lenk-Gutachtens bei der Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes in Aussicht gestellt. Außerdem verlaufen die Beratungen mit den kommunalen Spitzenverbänden positiv und befinden sich aktuell auf der Zielgeraden. Nicht zuletzt steigen die Zuweisungen an die Kommunen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz im Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr um 110 Millionen Euro auf 657 Millionen Euro. Das sind gute Nachrichten, meine Damen und Herren!

(Beifall von der CDU)

Die Landesregierung dreht also nicht Däumchen, wie von den Grünen in ihrem Gesetzentwurf suggeriert, oder versteckt sich hinter den laufenden Gesprächen, nein, sie arbeitet konsequent, konstruktiv und konzentriert an der zugesagten Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes. Das wird durch viele

Verhandlungs- und Gesprächsrunden sowie Abstimmungen innerhalb der Ministerien deutlich. Das erfordert vor allem die Einbeziehung derjenigen, die es am Ende betrifft, nämlich die Kommunen in unserem Land.

Das sollten auch die Grünen noch wissen, denn immerhin haben Sie es als Teil der rot-grünen Vorgängerregierung ja mitzuverantworten, dass derzeit die Zahlungsverpflichtung des Landes für Geduldete nach drei Monaten endet. Diese Regelung wurde unter dem damaligen Innenminister Jäger verabschiedet und führt im Ergebnis ganz häufig zu finanziellen Belastungen für die kommunale Familie. Dessen sind wir uns doch alle bewusst. Betrachtet man es aus heutiger Sicht: Vielleicht hätten intensivere Gespräche mit den Kommunen im Vorfeld damals bei der Formulierung dieses Passus geholfen.

Natürlich ist auch eine längere Zahlungsverpflichtung Thema in den aktuellen Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden über eine Weiterentwicklung der FlüAG-Pauschalen. Statt hier also einen Gesetzentwurf zu beraten, der Fakten schaffen möchte, bevor zu Ende verhandelt wurde, sollten wir besser abwarten, welche Ergebnisse bei den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden erzielt werden. Auf dieser Grundlage können wir dann gerne im Fachausschuss und im Plenum diskutieren.

(Zuruf: Wie lange wollen Sie denn noch reden? Bis zum Ende der Legislaturperiode oder noch später?)

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Blondin. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Kollegin Stock das Wort.

Ellen Stock (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern schon seit Langem die Umsetzung des Lenk-Gutachtens. Zuletzt haben wir kurz vor der Sommerpause hier über unseren Antrag diskutiert, dass die Kosten der Kommunen für die Flüchtlingsunterbringung endlich auskömmlich finanziert werden müssen.

Ich werde nicht müde, es zu betonen: Unsere Kommunen leisten hervorragende Arbeit bei der Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen. Die Kosten hierfür müssen endlich erstattet werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Unser Antrag wurde im Sommer direkt abgestimmt und mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, AfD sowie des fraktionslosen Abgeordneten Neppe gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt. Es war ein beschämendes Bild.

Die Situation der Kommunen hat sich seither nicht entscheidend verbessert. Sie benötigen immer noch eine dauerhafte Erhöhung der FlüAG-Pauschale. Wir hören aber, die Verhandlungen der Landesregierung mit den kommunalen Partnern sind entgegen der Aussagen meines Kollegen Herrn Blondin ins Stocken geraten. Woran liegt das? Gibt es etwa einen Dissens zwischen dem MKFFI und dem Finanzministerium? Möchte der Finanzminister etwa nicht die nötigen Mittel bereitstellen? Hier ist dringend der Ministerpräsident gefragt, eine Lösung zwischen den Ressorts zu finden. Die Kommunen werden es ihm sicher danken.

Seit 2018 liegt das sogenannte Lenk-Gutachten der Uni Leipzig vor, welches deutlich zeigt, dass die Pauschalen an die tatsächlichen Kosten angepasst werden müssen, da die Kommunen sonst im negativen Bereich wirtschaften. Derzeit erhalten sie pro Geflüchteten 10.400 Euro jährlich. Professor Lenk hat errechnet, dass es aber jährlich zwischen 10.500 und 11.000 Euro für kreisangehörige Kommunen sein müssen. Kreisfreie Städte benötigen sogar zwischen 13.500 und 16.000 Euro pro Jahr.

Im vorliegenden Gesetzentwurf wird folgerichtig eine Differenzierung der Pauschale vorgeschlagen. Neben einem festen Grundbetrag in Höhe von 6.400 Euro werden unterschiedliche Höhen der Mieten in den Städten und Gemeinden sowie höhere Kosten in den kreisfreien Städten berücksichtigt. Eine kreisangehörige Kommune in der geringsten Mietstufe bekäme demnach 11.650 Euro, eine kreisfreie Stadt in der höchsten Mietstufe erhielte 15.000 Euro pro Jahr und Flüchtling. Dies entspricht den Berechnungen im Lenk-Gutachten.

Diese Unterscheidung nach den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort ist dem aktuellen pauschalen System weit überlegen. Es bildet auch die regionalen Unterschiede ab, ist sinnvoll und gerecht.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Kostenpauschale für die Unterbringung und Versorgung von sogenannten geduldeten Personen. Sie ist derzeit für Kommunen nicht auskömmlich und wird nur für drei Monate gewährt, was sehr weit von der Realität entfernt ist. Hier ist die Einbindung des Personenkreises der Geduldeten in die FlüAG-Pauschale-Erstattung dringend überfällig. Die tatsächliche Aufenthaltsdauer und damit der Bezug von Leistungen von Kommunen überschreitet nämlich regelmäßig die drei Monate deutlich.

Wir hatten in unserem Antrag deshalb eine Verlängerung der Frist auf neun Monate vorgeschlagen. Dennoch können wir dem Vorschlag der Grünen, die

Befristung ganz abzuschaffen, ebenfalls etwas abgewinnen.

Insgesamt sind wir mit dem Gesetzentwurf zufrieden. Er greift die Einigung der betroffenen Spitzenverbände auf und setzt sie entsprechend um. Die Belastung der kommunalen Haushalte wird durch die Änderung deutlich verringert. Gerne stimmen wir der Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Stock. – Als nächster Redner hat für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Kollege Lenzen das Wort.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Finanzierung der Flüchtlingskosten der Kommunen hat uns hier ja schon häufiger beschäftigt. Nach mehreren Anträgen diskutieren wir heute über einen Gesetzentwurf der Grünen.

Teilweise kann ich die Ungeduld der Opposition nachvollziehen. Aber entscheidend ist – das ist der Punkt; das hat der Kollege Blondin auch schon ausgeführt –: Bevor die Landesregierung oder die sie tragende Regierungskoalition aus FDP und CDU einen Gesetzentwurf einbringen, was wir durchaus schon hätten machen können, wollen wir eine möglichst breit getragene Regelung haben. Es bringt doch nichts, jetzt etwas vorzubringen, was nach einem Jahr wieder abgeändert werden soll.

Deswegen: Wir arbeiten daran. Es ist wichtig, wir brauchen eine breit getragene Regelung. Die nötige Zeit wird sinnvoll genutzt. In den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden ist das Ziel einer gemeinsamen Lösung in Sicht. Wichtig ist auch, dass wir mit allen Beteiligten zu einer tragfähigen Lösung kommen. So, wie wir es als Freie Demokraten von unserem Minister Stamp vernommen haben – das zeigen auch die entsprechenden Signale –, sind diese Gespräche auf der Zielgeraden.

Manchmal lohnt sich ein Blick in den Haushalt. Wir haben darüber gestern und vorgestern lange debattiert. Dort findet man zusätzliche Mittel in Höhe von 110 Millionen Euro für eine Anpassung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes in 2021.

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im sogenannten Lenk-Gutachten von Herrn Professor Dr. Lenk und auch von Hesse und Diesener von der Universität Leipzig aus dem Jahr 2018 wurden bekanntermaßen die Ist-Kosten evaluiert, gerade für das Thema der Flüchtlingsunterbringung. Darüber hinaus wurden Empfehlungen bezüglich einer Anpassung der FlüAG-Pauschale vorgelegt.

Es wird eine Differenzierung zwischen den kreisfreien Städten und dem kreisangehörigen Raum vorgesehen. Es ist das Ziel der NRW-Koalition sowie unseres Flüchtlings- und Integrationsminister Dr. Joachim Stamp, diese Empfehlungen möglichst eins zu eins umzusetzen.

Im Entwurf der Grünen haben wir eine Staffelung entsprechend der Mietstufen analog des Wohngeldes. Mit einer Abstufung nach mehreren unterschiedlichen Sätzen,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Macht doch mal einen Vorschlag!)

die sich aber aus dem Lenk-Gutachten nicht ergeben, laufen wir aus unserer Sicht Gefahr, dass, wenn wir es heute so täten, wie Sie es vorschlagen, es eben nicht rechtssicher umgesetzt werden kann.

Es ist schon etwas eigenartig, dass man ein Gutachten vergibt, woraufhin man eine entsprechende wissenschaftliche Expertise bekommt, und dann kommen Sie mit Vorschlägen in einem Gesetzentwurf, die man diesem Gutachten überhaupt nicht entnehmen kann. Warum sollte man dann ein Gutachten beauftragen? Warum sollte man jetzt auf einmal zu anderen Vorschlägen kommen? Das bleibt ein Geheimnis der Grünen. Aus unserer Sicht ist das mehr als unverständlich.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wann kommen Sie denn mit einem Vorschlag, Herr Kollege?)

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bezüglich Ihrer Forderung nach einer unbefristeten Kostenübernahme für Geduldete muss man kurz überlegen, welche Anreize man dadurch setzt. Sie wollen das Ganze dauerhaft und umfassend für Menschen ohne Schutzstatus finanzieren, die eigentlich vollziehbar ausreisepflichtig sind. Ich sage Ihnen, warum das kontraproduktiv ist.

Welche Auswirkungen hat das auf die Motivation vor Ort, die Zahl der Geduldeten zu reduzieren? Wir bieten dazu mehrere Lösungsvorschläge an, zum Beispiel ganz konkret – auch wenn Sie es kritisiert haben – die Umsetzung des Asylstufenplans, dass wir nicht mehr so schnell und so viele Geflüchtete auf die Kommunen verteilen. Ferner zahlen wir bisher nach dem alten rot-grünen Gesetzentwurf drei Monate im Gegensatz zum Bund, der einen Monat weiterzahlt. Des Weiteren helfen wir den Kommunen – das führe ich gerne kurz aus – in zweierlei Hinsicht, die Zahl der Geduldeten zu verringern, aber wir nehmen sie auch in die Pflicht.

Zum einen helfen wir Ihnen, wie ich schon erwähnt habe, über den Asylstufenplan. Wir unterstützen die Kommunen bzw. Ausländerbehörden bei Abschiebungen. Bezüglich Rückführungen könnte ich mir bei einer Kommune, gerade wenn dort die Grünen die Mehrheit stellen, wenn sie weiß, die Kosten werden

unbefristet komplett übernommen, gut vorstellen, dass wir über das Thema „Rückführungen“ überhaupt nicht mehr zu sprechen bräuchten.

Auf der anderen Seite bieten wir als Koalition aus FDP und CDU mit unserem Minister entsprechende Perspektiven wie zum Beispiel, den Bleiberechtserlass über die Ausländereinwanderungsbehörde zu nutzen. Das ist auch ein Thema, um die Zahl der Geduldeten zu reduzieren. Wir haben den Erlass schon im März 2019 vorgelegt, um den bundesrechtlichen Spielraum hier auszureizen und zu nutzen.

Wir haben schon am Mittwoch beim Einzelplan 07 diskutiert, wir haben für dieses Jahr ein kommunales Integrationsmanagement auf den Weg gebracht. Wir werden das im nächsten Jahr landesweit ausbauen und damit kommunale Integrationsstrukturen absichern. Mit der Einführung des flächendeckenden kommunalen Integrationsmanagements unterstützen wir die kommunalen Ausländerbehörden personell, gerade als Ausländer-, aber auch als Einwanderungsbehörde.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Die NRW-Koalition aus FDP und CDU weiß genau um die Herausforderungen, vor denen die Kommunen beim Thema „Flüchtlingsaufnahme und Integrationsarbeit“ stehen.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wir wissen, wie die Herausforderungen sind. Wir unterstützen sie dabei. Ich habe es ausgeführt. Wir entlassen sie aber auch nicht aus der Verantwortung. – Vielen Dank.

(Beifall von Christian Mangen [FDP] und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Walger-Demolsky für die Fraktion der AfD das Wort.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Anzahl der ausreisepflichtigen Personen hat sich seit den Anträgen der Grünen zu diesem Thema im Frühjahr 2019 erheblich erhöht: tatsächlich auf ein neues Allzeithoch von 74.000 Personen, davon fast 65.000 Personen mit einer Duldung. Das liegt tatsächlich auch weit über dem Bundesdurchschnitt, wenn man als Basis des Vergleichs den Königsteiner Schlüssel heranzieht.

Wenn man die Grünen fragt, ist das sicher eine ideale Voraussetzung für ihr Ziel der vielfältigen Einwanderungsgesellschaft, die Sie sich als Staatsziel im

Grundgesetz wünschen. Es wird Sie nicht wundern: Wir sehen das anders.

Was keinesfalls verändert werden darf, ist daher die zeitliche Begrenzung der Finanzierung von Geduldeten, insbesondere in Fällen, in denen eine Duldung nicht zwingend ist. Welches Interesse an der Durchsetzung der Ausreisepflicht sollte eine Kommune noch haben – Sie sagten es auch gerade –, wenn jegliche finanzielle Verantwortung entfällt? Die Kommunen oder, genauer gesagt, die kommunalen Ausländerbehörden haben sich auch in den letzten anderthalb Jahren dem Druck der Sozialverbände, des Flüchtlingsrats und der Verantwortlichen in rot-grünen Rathäusern gebeugt.

Rund 15.000 oder, anders ausgedrückt, 20 % der Ausreisepflichtigen stammen allein aus den Balkanstaaten Serbien, Albanien, dem Kosovo oder Nordmazedonien. Wo, bitte, liegt da ein Abschiebehindernis? Wir reden hier von Menschen, die eben in der Regel nicht über den legalen Weg, also über eine Zuwanderung im Rahmen der Westbalkanregelung zu uns nach Deutschland gekommen sind.

Nicht geändert hat sich insbesondere in den rot-grünen Rathäusern der Wille, immer mehr Menschen aufnehmen zu wollen. In 58 NRW-Städten ist man mittlerweile der Ansicht, einen Hafen zu besitzen. Ein Blick auf die Landkarte lässt tatsächlich Zweifel aufkommen. 58 sichere Häfen, also Städte, die mehr Asylbewerber aufnehmen möchten, als ihnen aktuell zugeteilt werden! Darunter sind natürlich auch die, die gleichzeitig einen deutlichen Wohnungsmangel haben und deren Kassen längst leer sind. Auch die größte Wirtschaftskrise nach Kriegsende hat an diesem Ansinnen bisher nichts geändert. Das Geld der Steuerzahler fließt derweil. Zur Not wird die Notpresse angeschaltet.

Mit dem neuen Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung, welches am 01.01. dieses Jahres in Kraft trat, wurde die eigentlich vorgesehene Rückführung Ausreisepflichtiger wesentlich weiter erschwert. Zur Wahrheit gehört, dass die Beschäftigungs- und Ausbildungsduldung fortan als weiteres Mittel dient, um den Aufenthalt in Deutschland und somit auch die Bezugsdauer von Sozialleistungen zu verlängern. Unterstützung findet dieses Ansinnen unter anderem durch Landesmaßnahmen zur Förderung junger Gestatteter und Ausreisepflichtiger auf dem Arbeitsmarkt. Ich rede über das Programm „Gemeinsam klappt's“.

Wenn wir den Aufenthalt eigentlich ausreisepflichtiger Personen auf diesem Weg weiterhin künstlich verlängern, dürfen wir uns am Ende nicht über vermeidbare Sozialausgaben wundern.

Auch wir sehen Reformbedarf, und zwar, wenn es um die Differenzierung der Aufwandsentschädigung in Abhängigkeit vom jeweiligen Wohnungsmarkt geht. Es ist natürlich ein Unterschied, ob wir über die

Kosten in Düsseldorf, in Herne oder im Kreis Lippe reden. Ihrer Forderung nach einer Staffelung könnten wir uns daher auch anschließen. Über die genaue Ausgestaltung gälte es zu reden.

Wenn Sie erkennen, dass die Höhe der Kosten nicht landesweit identisch ist, wenn Sie Unterschiede auf dem Wohnungsmarkt erkennen und Ihnen die angespannte Lage hier bewusst ist – zum Beispiel in Düsseldorf –, dann verwundert es doch, dass Sie unseren Antrag nach einer stärkeren Einbeziehung des ländlichen Raums bei der Zuweisung abgelehnt haben. Sind die Probleme in Städten wie Dortmund, Essen oder Köln nicht bereits groß genug? Sind Ihnen eigentlich alle hier verschenkten Möglichkeiten, die Lage zu entspannen und durch einen günstigeren Wohnungsmarkt Kosten einzusparen, egal?

Wenn Sie in Ihrem Gesetzentwurf jetzt Mehrkosten in Höhe von 960 Millionen Euro für das Land fordern, über eine Gegenfinanzierung im Landeshaushalt aber nicht reden, ist das unseriös. Wir sind dagegen auf die Verhandlungsergebnisse des Ministers mit den kommunalen Spitzenverbänden gespannt und sehen den weiteren Beratungen im Ausschuss entgegen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Walger-Demolsky. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei der antragstellenden Fraktion dafür entschuldigen, dass ich zu Beginn der Beratung nicht anwesend war. Ich war in einem Fachgespräch mit einem Fachabgeordneten über Fragen der Kindertagespflege und habe nicht rechtzeitig erfahren, dass sich die Zeit für die Beratung des Tagesordnungspunkts so verschoben hat. Ich bitte da sehr herzlich um Nachsicht. Ich weiß, dass Sie selbstverständlich ein Anrecht darauf haben, dass der Fachminister zu Beginn einer Debatte anwesend ist.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mir geht es um einen Punkt. Ich habe das im Übrigen auch der Kollegin Aymaz gesagt, und wir werden uns gleich unter vier Augen zusammensetzen, damit das kompensiert werden kann. Ich will das hier aber auch noch einmal darstellen: Sie haben in Ihrem Antrag ein Stufenmodell vorgeschlagen. Das ist dann nicht das Lenk-Gutachten. Wir haben uns das intensiv angesehen. Aber die Juristen sind der Auffassung, dass das rechtlich keinen Bestand haben würde.

Uns wird ja vorgeworfen, dass wir für diese FlüAG-Einigung so lange gebraucht haben oder immer noch auf dem Weg sind. Wir sind jetzt auf der Zielgeraden. Das ist hier eben auch schon angesprochen worden. Wenn wir es so gemacht hätten, wie von den Sozialdemokraten vorgeschlagen, wären wir ganz schnell fertig gewesen. Wir hätten hier einfach das Lenk-Gutachten eins zu eins einbringen können, und dann wäre es das gewesen.

Es geht den Kommunen aber nicht nur um die Frage: Was mit den unmittelbaren Kosten für die Asylbewerberinnen und Asylbewerber? Es geht ganz wesentlich auch um die Frage: Was ist mit den Geduldeten? Da geht es einmal um diejenigen, die neu geduldet werden, und zum anderen um diejenigen, die sozusagen Bestandsgeduldete sind, die wir über einen ganz langen Zeitraum nicht zurückführen konnten – was nicht daran liegt, dass es kein Interesse daran gibt, wie von Populisten vertreten wird,

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

sondern daran, dass es rechtliche Hürden gibt.

Dementsprechend ist es unser Interesse, dass wir mit den Kommunen zu einer dauerhaften, tragfähigen Lösung kommen. Mein Eindruck ist, dass wir hier in den nächsten Tagen zum Abschluss kommen werden. Vermutlich werden wir im Zweifelsfalle bei der unmittelbaren Regelung für die Asylbewerberinnen und Asylbewerber Lenk eins zu eins umsetzen.

Aber es geht eben auch noch um die Frage: Wie regeln wir das bei den neu Geduldeten und bei den Bestandsgeduldeten? Da sind jetzt noch einige Gespräche offen. Aber ich bin sehr optimistisch, dass wir Ihnen spätestens Mitte Dezember einen entsprechenden Vorschlag präsentieren können, es eine politische Einigung gibt und wir dann das Gesetz auch zügig gemeinsam über die Bühne bringen können. Ich glaube, dann wird sich auch die Aufregung um dieses Thema erledigen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich nicht, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, der uns nahelegt, den Gesetzentwurf Drucksache 17/11841 an den Integrationsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zu überweisen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Ich stelle die einstimmige **Zustimmung zu dieser Überweisungsempfehlung** fest.

Ich rufe auf:

6 Unser Land, unsere Regeln – Türkische Nationalisten auf deutschem Boden in ihre Schranken weisen, Graue Wölfe verbieten!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11848

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass eine weitere Aussprache hierzu nicht erfolgen soll.

Damit kommen wir unmittelbar zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den Antrag Drucksache 17/11848 an den Innenausschuss zu überweisen; die abschließende Beratung und die Abstimmung sollen nach einer Beschlussempfehlung des Ausschusses hier erfolgen. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die **Überweisung einstimmig angenommen**.

Ich rufe auf:

7 Impulse aus Nordrhein-Westfalen für ein Energiesystem der Zukunft

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11844

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11960

Ich eröffne die Aussprache und darf für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Dr. Untrieser das Wort erteilen.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesen Wochen biegt die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Berlin auf die Zielgerade ein. Als Energie- und Industrieland Nummer eins haben wir darauf ein wachsames Auge. Wir haben auch deshalb ein großes Interesse daran, weil wir die modernste, klimafreundlichste und innovativste Wirtschaftsregion der Welt werden wollen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Deswegen waren und sind wir Abgeordnete, der Minister und der Ministerpräsident in vielen Gesprächen mit unseren Partnern auf der politischen Bühne in Berlin, aber auch mit Unternehmen, mit Wissenschaftlern, mit Energieversorgern sowie mit Verbänden und mit Akteuren der Zivilgesellschaft. Wir haben die nordrhein-westfälischen Interessen im Blick, und wir bringen unsere Ideen ein.

Unser heutiger Antrag beschreibt, welche Ideen das sind. Ein wichtiger Punkt ist der Photovoltaikausbau. Wir wollen in den nächsten Jahren einen sehr starken Ausbau der Photovoltaik in Nordrhein-Westfalen und das Potenzial, das wir haben, bis zum Jahr 2030 verdoppeln. Es gibt in Nordrhein-Westfalen noch viele Dächer, die für Photovoltaikanlagen geeignet sind. Von daher begrüßen wir, dass auch die Bundesregierung ambitionierte Ziele hat.

Wir begrüßen ebenfalls, dass PV-Dachanlagen ein eigenes Ausschreibungssegment bekommen sollen. Zugegebenermaßen waren sie gegenüber Freiflächenanlagen im Nachteil; sie konnten sich nicht durchsetzen.

Allerdings sind wir auch der Meinung – das ist ein Kritikpunkt am derzeitigen Entwurf –, dass ein Unternehmen den montags bis freitags auf dem Dach erzeugten Strom selbst verwenden können sollte. Samstags und sonntags, wenn nicht produziert wird, sollte dieser Strom dann ins Netz eingespeist werden. Deswegen müsste auch eine Förderung kommen.

Viele Hauseigentümer in Nordrhein-Westfalen haben in den letzten Jahren in eine Photovoltaikanlage investiert, und wir ermuntern ausdrücklich, das weiterhin zu tun.

Natürlich müssen wir auch die Digitalisierung des Energiesystems voranbringen. Intelligente Zähler sollten aber eine Bagatellgrenze haben. Anstatt diese auf 1 kW abzusenken, sollte sie unserer Meinung nach weiterhin bei 7 kW liegen; das würde vielen Hauseigentümern helfen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir sind der Überzeugung, dass wir bei den erneuerbaren Energien generell mehr Markt brauchen und dem Markt mehr Risiken zugetraut werden müssen. Durch eine gesteigerte Kosteneffizienz haben wir viele Vorteile für die Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Unternehmen, und da gibt es ganz tolle Entwicklungen im Bereich Marktwirtschaft und erneuerbare Energien.

In Brandenburg ging in den letzten Tagen der größte Solarpark Deutschlands in Betrieb. Dieser hat eine Leistung von 187 Megawatt und versorgt 50.000 Haushalte mit grünem Strom. Das Schönste daran ist, dass dieser größte Solarpark ganz ohne Subventionen durch das EEG auskommt; er rechnet sich also von selber.

Wir haben hier auch schon einmal ein schönes Beispiel aus Nordrhein-Westfalen gehört. In Bochum hat der Logistiker Nagel die größte PV-Anlage des Ruhrgebiets installiert. 8.000 Module mit einer Leistung von 2,4 Megawatt erzeugen genug Strom für das energieintensive Unternehmen. Auch das erfolgt ohne eine Förderung aus dem EEG.

Daran sieht man, dass die erneuerbaren Energien auf dem Markt angekommen sind. Wir können ihnen auch mehr Marktverantwortung geben. Die Zukunft des Stroms aus erneuerbaren Energien wird ohne eine Einspeisevergütung auskommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein weiterer Punkt, der uns wichtig ist, sind die Kosten bzw. die Belastungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher, der Unternehmen. Es gibt das berühmte Wort eines ehemaligen Umweltministers, wonach der Ausbau der Erneuerbaren nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat kosten würde. Ein paar Jahre später sagte ein anderer Umweltminister, dass man mittlerweile die Eiskarte hoch- und runteressen könnte.

Ich denke, wir sind mittlerweile an dem Punkt angekommen, dass wir die Belastungen, die der Bürger zweifelsohne hat, absenken müssen. Der Strom muss günstiger werden. Wir brauchen Strom für die Sektorenkopplung in den Bereichen Verkehr und Wärme, für die Unternehmen und für die Produktion von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien. Deswegen müssen wir dort einige Kostenbestandteile herausnehmen.

Mit dem EEG wird jetzt ein erster richtiger Schritt gegangen, indem die EEG-Umlage gedeckelt wird. Wir meinen jedoch, dass man demnächst noch einen Schritt mutiger sein könnte. Zum Beispiel könnte die Stromsteuer gesenkt werden. Aber auch da glauben wir, dass wir in den nächsten Jahren noch weitere Fortschritte erzielen werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende. Die nun anstehende Novelle des EEG ist ein wichtiger Zwischenschritt. Wir sind uns aber auch alle einig, dass wir demnächst eine grundlegende Reform des Energiemarktdesigns brauchen. Es hat viel zu viele Steuern, Abgaben und Umlagen, und wir müssen hier besser werden.

Deswegen brauchen wir einen passenden Rahmen für das Energiesystem der 20er-Jahre, für das Energiesystem der Zukunft. Das wird eine vordringliche Aufgabe für den neuen Bundestag, und wir stehen dabei an der Seite der Reformer. Wir werden uns dazu wieder melden,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

und wir werden für gute Lösungen im Bereich der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen sorgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Untrieser. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist das Energie- und Industrieland Nummer eins. Wir wollen, dass es das auch in Zukunft ist. Deshalb werden wir als NRW-Koalition die Modernisierung unserer Wirtschaft weiter mit Tempo vorantreiben und für mehr Investitionen in die Zukunft unseres Energiesystems sorgen.

Dieses Energiesystem ist dezentral vernetzt und technologieoffen. Es fußt auf einem breiten Mix an erneuerbaren Energieträgern. Bei der Novellierung des EEG wurde aber die Chance verpasst, die Förderung der erneuerbaren Energien grundlegend neu aufzustellen. Lenkungs- und Anreizmechanismen sind weiterhin nicht wirksam aufgestellt, und Fehlanreize sowie Investitions- und Marktunsicherheiten bleiben leider bestehen.

Der Gesetzentwurf sieht weder eine zunehmende Marktintegration vor noch ist er geeignet, den drängenden Herausforderungen mit wirksamen Instrumenten zu begegnen. Der Entwurf stellt insgesamt lediglich eine Anpassung von Einzelregelungen dar. Von einer dringend benötigten Neuaufstellung der Förderung erneuerbarer Energien kann leider keine Rede sein. Er wirkt eher kleinteilig, mutlos und rückwärtsgewandt.

Das scheint aber auch nicht verwunderlich. Denn die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf viel zu eilig vorgelegt. Er ist eindeutig mit heißer Nadel gestrickt. Die Bundesregierung hat nicht die Ruhe und die notwendige Sorgfalt zur Novellierung des EEG an den Tag gelegt. Gerade bei einem so entscheidenden Thema wie dem Erneuerbare-Energien-Ausbau ist dieser Umstand jedoch äußerst misslich.

Des Weiteren soll die nächste Anpassung des Gesetzes erst 2027 erfolgen. Das ist viel zu spät. Wir sind dann nur noch drei Jahre vom 2030-Ziel entfernt, einer wichtigen Wegmarke hin zur klimaneutralen Energieversorgung.

Meine Damen und Herren, die Kosten für die Energiewende laufen nicht erst seit diesem Jahr aus dem Ruder. Der Bund will einen kräftigen Anstieg der Ökostromumlage mit Milliardensummen aus dem Haushalt stoppen. Eine spürbare Entlastung der Verbraucher ist dabei nicht in Sicht.

Die Energiewende kann nur dann zum Erfolg geführt werden, wenn sie mittelfristig ohne intensive Förderpolitik zulasten der Verbraucher auskommt. Wir müssen weg von Dauersubventionen und hin zu marktwirtschaftlichen Lösungen. Nur so können wir die Erneuerbaren erfolgreich in den Strommarkt integrieren sowie Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen. Das ist unser Ansatz, den wir als NRW-Koalition seit Beginn dieser Legislaturperiode konsequent verfolgen.

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, wir wollen die Umstellung auf eine klimaneutrale Energieversorgung, und zwar so schnell, aber auch so sicher wie möglich. Die von uns formulierten Impulse sorgen dafür, dass der Umbau mit mehr Tempo erfolgt. Die NRW-Koalition ist damit Motor und Treiber der Entwicklung des Energiesystems der Zukunft. Ich bitte um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Kollege Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nur gelingen, wenn eine Vielzahl von Personen und Unternehmerinnen und Unternehmern sie mitgestalten und sie dabei auf breite Akzeptanz stößt.

Dabei ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders wichtig, dass die Finanzierung der Energiewende gerechter wird. Denn eines ist klar: Wer sich am Ende jedes Monats Gedanken machen muss, ob das Geld ausreicht, wird durch neue Verbrauchssteuern oder Nebenkosten, egal, wie dienlich diese dem Klimaschutz oder der Energiewende sein mögen, nicht einfach hinnehmen. Schließlich gibt es auch bei uns in Deutschland immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die weder angemessen heizen noch ihre Stromrechnung bezahlen können.

Es darf unserer Einschätzung nach nicht sein, dass der Schichtarbeiter aus Köln oder die alleinstehende Rentnerin aus Gelsenkirchen mit ihrer EEG-Umlage dem Eigenheimbesitzer in Baden-Württemberg die Photovoltaikanlage bezahlt. Das ist nicht gerecht und nicht solidarisch.

Es ist unsere Aufgabe als Politik, wenn wir die Energiewende voranbringen wollen, dass wir auch Lösungen für die sozialen Probleme anbieten. Hierzu können wir aber nichts Konkretes im Antrag der schwarz-gelben Landesregierung bzw. der regierungstragenden Fraktionen finden. Es muss aber den Koalitionsfraktionen, die hier Akzeptanz immer als hohes Gut herausstellen, klar sein, dass die Energiewende eine sozialökologische Herausforderung ist. Darüber können und wollen wir in der SPD-Fraktion nicht hinwegsehen. Denn gerade die genannten Personengruppen haben nur bedingt Möglichkeiten, um auszuweichen, Mehrausgaben zu begegnen oder diese gar abzufangen.

Deshalb haben wir mit unserem Entschließungsantrag konkrete Forderungen eingebracht, die zu einer gerechten Verteilung von Kosten und Nutzen bei der

Anpassung der aktuell verhandelten EEG-Novelle führen.

Mieterstrom ist hier unter anderem ein ernsthafter Baustein zur Umsetzung einer dezentralen und klimafreundlichen Stromversorgung. Wir alle kennen doch den Spruch: Die Sonne schickt keine Rechnung. Mieterstrom bietet die Möglichkeit, dass nicht nur die Nachteile in Form von Kosten, sondern auch die Vorteile auf viele Menschen verteilt werden. Denn mittels Mieterstrom können auch Menschen an der Energiewende teilhaben, die nicht über Eigentum verfügen. Das ist in unseren Augen definitiv ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit und ein Gewinn für Mieterinnen und Mieter. Zugleich kann Mieterstrom bewirken, dass die Energiewende nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in den Städten noch stärker als bisher Einzug hält. Deshalb wollen wir Mieterstrom fördern.

Die Energiewende, Kolleginnen und Kollegen, betrifft uns alle. Deswegen sind sowohl die ältere als auch die jüngere Generation in der Verantwortung. Diese gesellschaftspolitische Verantwortung der Generationen muss sich auch in der Finanzierung widerspiegeln. Aus diesem Grund fordern wir in unserem Entschließungsantrag einen „Investitionsfonds Energiewende“, der das Fördervolumen im Rahmen des EEG abdeckt. Das bedeutet für uns Generationengerechtigkeit.

Nur wenn wir alle Menschen davon überzeugen können, dass Klimaschutz und Energiewende nicht zu Wohlstandsverlusten führen, sondern unser Leben positiv beeinflussen, einen Hinweis in Richtung Zukunft geben und die Lebensqualität verbessert wird, werden wir erfolgreich sein; daran glauben wir.

Daher ist es für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten enorm wichtig, dass wir bei der Energiewende nicht nur über Investoren reden, sondern all diejenigen im Blick haben, die mit ihrer Stromrechnung zur Energiewende beitragen. Sie leisten ihren Teil zur Finanzierung, und gleichzeitig liegt hier der Schlüssel zu mehr Akzeptanz. Akzeptanz fällt nicht vom Himmel. Es braucht Gründe, um den Menschen klarzumachen, in welche Richtung wir gemeinsam in die Zukunft gehen wollen.

Unser Fazit als SPD-Fraktion: Klimaschutz und Energiewende gibt es nur mit mehr Gerechtigkeit. Ich werbe daher für die Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Kollegin Brems das Wort.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 6. November hat der Bundesrat über die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes der Bundesregierung abgestimmt. Damit ist das Beteiligungsverfahren für die Länder abgeschlossen.

Da fragt man sich doch ganz ehrlich, warum wir drei Wochen später hier sitzen und es auf einmal mit Anträgen von CDU und FDP und auch einem Entschließungsantrag der SPD zu tun haben, obwohl das Verfahren doch längst geklärt ist. Ich sage Ihnen, warum das so ist: weil Sie im Grunde genommen wissen, dass mit dieser EEG-Reform wirklich jede Chance vertan wurde. Diese EEG-Reform reicht vorne und hinten nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat die Chance vertan, Kohle- und Atomstrom durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Sie hat die Chance vertan, dass wir genug sauberen Strom für die Industrie, für die Elektromobilität, für die Produktion von Wasserstoff und all die Aufgaben, für die hier doch angeblich alle sind, haben. Und das Kuriose dabei ist, dass Bundeswirtschaftsminister Altmaier noch im September gesagt hat, dass man sich beim Klimaschutz so ein bisschen vertan habe, aber jetzt werde mit der Klimaallianz alles besser und jetzt gehe man nach vorne. Das sehen wir hier aber überhaupt nicht.

Das Beste am Antrag von CDU und FDP ist, dass in diesem ein paar richtig gute Sachen stehen. Er enthält Sachen, die wirklich passen. Blöd ist allerdings, dass Sie im nächsten Schritt kleinkariert bürokratische Konsequenzen oder gar keine Konsequenzen daraus ziehen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich nenne Ihnen dafür drei Beispiele. Das erste Beispiel sind die Ausbaupfade. Sie sagen zu Recht, dass die Ausbaupfade im EEG angepasst werden müssten. Ja, das ist korrekt. Aber wie lautet dann Ihr Vorschlag? Sie wollen bei den Ausschreibungen Regionalquoten einführen, oder – das haben Sie gerade gesagt, Herr Brockes – die erneuerbaren Energien sollen den Marktrisiken unterliegen. Sie wollen also einerseits den Ausbau beschleunigen – schön und gut –, aber andererseits gleichzeitig lauter Restriktionen obendrauf packen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das EEG steht dem im Wege!)

Das passt so nicht. So funktioniert das nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass wir von der SPD dazu gar nichts lesen, ist schon ein bisschen bemerkenswert. Da wird die SPD beim Thema „Ausbaupfade“ jedenfalls von CDU und FDP überholt, zumindest rhetorisch.

Das zweite Beispiel sind die verschärften EU-Klimaziele. Sie beschreiben sie und sagen, dass sie Eingang in das EEG finden müssen, aber es folgt daraus keine Konsequenz.

Ich glaube, Sie wissen ganz tief im Herzen, was die Konsequenz wäre: Wenn Deutschland diese Ziele erreichen will – dazu verpflichten wir uns ja bald –, müsste Deutschland früher aus der Kohle aussteigen. Genau das wäre die einzig richtige Konsequenz, die Sie hier auch benennen müssten. Dass wir im Antrag der SPD nichts zum Kohleausstieg hören, ist keine Überraschung.

Ich habe ein drittes Beispiel: die beschleunigten Genehmigungsprozesse. Auch da beschreiben Sie das Problem richtig. Damit der Ausbau der erneuerbaren Energien schneller vorangeht, müssen wir diese Prozesse wirklich beschleunigen. Wir brauchen die Windenergieanlagen auf den Feldern. Wir brauchen die Photovoltaikanlagen auf den Dächern.

Sie ziehen aber keine Konsequenz daraus, frei nach dem Motto: Ich habe zwar keine Lösung, aber ich bewundere schön weiter das Problem. – So kommen wir mit der Energiewende jedoch nicht weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann gibt es im Antrag noch ein richtig tolles Ablenkungsmanöver. Wir streiten uns ja immer wieder gerne über die Windenergie, aber angesichts dessen, was da drinsteht, habe ich mir die Augen gerieben:

Da schreiben Sie, dass es Handlungsbedarf bezüglich der Investitionssicherheit für Offshorewindenergie gibt. Offshore in Nordrhein-Westfalen? – Entschuldigung, das ist ein sehr durchsichtiges Ablenkungsmanöver.

Ich habe mich ein bisschen an einen Grundschüler erinnert gefühlt, der seine Hausaufgaben nicht gemacht hat und, bevor der Lehrer ihn darauf anspricht, sagt: Aber der Tammie hat auch keine Hausaufgaben gemacht. – Also wirklich, da gibt es keine Logik, wie die erneuerbaren Energien hier nach vorne gebracht werden sollen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Optendrenk?

Wibke Brems (GRÜNE): Ja, klar, natürlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön. – Ich weiß gar nicht, wer da jetzt sitzt.

(Heiterkeit)

– Ach, Herr Dr. Untrieser, Entschuldigung. Wissen Sie, ich hatte das Ding auf; das ist fast wie eine Brille. Ich bitte um Verständnis. Herr Dr. Untrieser, Sie

haben von der Kollegin das Wort bekommen; dann sollen Sie es auch für eine Zwischenfrage nutzen. Bitte schön.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich sitze auf dem falschen Platz. Vielen Dank. – Herr Präsident! Frau Brems, Sie lassen die Frage, glaube ich, auch zu, wenn sie von mir kommt und nicht von Herrn Optendrenk. – Danke.

Sie sagten gerade, wir hätten keinen Offshorewindpark. Sind Ihnen nicht auch Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen bekannt, die in Offshorewindenergie investieren wollen?

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank. Das erlaubt mir, noch einmal kurz darauf einzugehen; das finde ich sehr schön.

Natürlich haben wir in Nordrhein-Westfalen sehr viele Zulieferer, die davon abhängig sind, dass es bei der Offshorewindenergie einen weiteren Ausbau gibt; das will ich gar nicht bestreiten.

Sie stellen es in Ihrem Antrag aber so dar, als sei das eines der Hauptprobleme. Bei der Windenergie reden Sie fast nur davon

(Dr. Christian Untrieser [CDU]: Das sind ja auch Millionen von Euro!)

und sprechen nicht an, was Ihre eigene Hausaufgabe hier in Nordrhein-Westfalen ist. Der müssen Sie gerecht werden. Da können Sie nicht einfach nur auf Offshore verweisen; das funktioniert so nicht.

Ich sage Ihnen zum Abschluss ganz klar: Sowohl der Antrag von CDU und FDP als auch der Antrag der SPD sind Showanträge, die auch deutlich zu spät kommen. Deswegen lehnen wir sie beide ab.

Ich möchte Ihnen nur noch den Hinweis geben: Liebe CDU, liebe SPD, Sie sollten in Berlin bei Ihren Parteikollegen dafür sorgen, dass wir endlich mehr Erneuerbare bekommen, dass es zu einer Entbürokratisierung kommt und dass mehr Mieterstrommöglichkeiten geschaffen werden.

Diese Punkte sprechen Sie zwar alle an, aber Sie tun hier nichts dafür und ziehen darauf keine welche Konsequenzen. Es ist Zeit, dass Sie endlich etwas dafür tun, und keine Zeit mehr für solche Showanträge, wie sie uns hier vorliegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Brems. – Es hat das Wort jetzt Herr Loose für die AfD-Fraktion.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit

dem Jahr 2005 gibt es für die Stromerzeugung ein EU-weites Zertifikatesystem für die Emissionen von CO₂. Seit 2005 gibt es damit einen Preis für CO₂, der sich am gewünschten Reduktionspfad in der EU orientiert, ein marktwirtschaftliches System, welches gezeigt hat, dass es perfekt funktioniert.

Allerdings torpedieren jegliche nationale Subventionen dieses Grundsystem. Das ist nicht nur kostspielig, sondern höchst ineffizient. Jeder, der in Deutschland weiter diese nationale Subventionierung, dieses fehlgeleitete EEG-System unterstützt, zerstört die Marktmechanismen des Zertifikatesystems und stellt sich damit gegen die EU und – in Ihren Worten – gegen Europa.

Mit Ihrem Antrag bleiben Sie damit europafeindlich, denn Sie möchten weiter Windindustrieanlagen und PV-Anlagen national subventionieren. Das Einzige, was Sie jetzt anders machen wollen, ist der Umstand, dass Sie das Geld woanders hernehmen.

Herr Untrieser, Sie sagten, die Belastung muss geringer werden, und nannten das Beispiel mit dem Eis. Allerdings nehmen Sie das Geld doch jetzt aus dem Steuertopf, also wieder aus dem Geldsäckel der Steuerzahler, die sich dann wieder kein Eis kaufen können. Ich zitiere aus Ihrem Antrag:

„Insbesondere sollte die Finanzierung sich vollständig aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung sowie Haushaltsmitteln speisen.“

Die kommen anscheinend aus dem Nichts. Ihr Griff in den Topf des Steuerzahlers zeigt leider nur eines: eine unglaubliche marktwirtschaftliche Inkompetenz, die all unsere fleißigen Bürger – seien es die Krankenschwester, der Maurer oder auch der Busfahrer – mit mehreren Hundert Milliarden Euro bereits bezahlen, und zwar ohne dass damit eine einzige Tonne an CO₂ in der EU gespart werden kann, zumindest was alle Anlagen angeht, die nach 2005 errichtet wurden.

Gehen wir doch einmal im Detail durch Ihren Antrag: Der Antrag fängt mit einer Bewertung des bisherigen EEGs an, welches Sie alle hier über 20 Jahre zu verantworten haben. Es handelt sich nach Ihren Worten um ein nicht sozial ausgewogenes Umlagesystem. Man kann es auch einfacher sagen: Es ist ein absolut asoziales System, ein Umlagesystem von Arm zu Reich.

Sie fordern dann eine Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch moderne Gaskraftwerke. Herr Pinkwart, wann werden die denn mal gebaut? Wie viele sind denn im Bau? – Wahrscheinlich genauso viele wie Pumpspeicherwerke, nämlich genau null.

Noch schöner: Sie fordern auch eine Synchronisation von Netzausbau und Ausbau von Windindustrieanlagen. Das lässt sich doch ganz einfach erreichen: Hören Sie auf mit dem Ausbau der Windindustrie-

anlagen und PV-Anlagen, und kümmern Sie sich erst einmal um die Netze.

Seit 15 Jahren, Herr Pinkwart, seit 2005 wissen Sie doch, dass 7.700 km Stromnetze gebraucht werden. Bisher gebaut wurden – Sie wissen es selber – 1.000 km. Der fehlende Netzausbau macht sich bei den massiven Eingriffen in das Stromnetz immer mehr bemerkbar; die Kosten gehen immer weiter in die Höhe.

Noch lustiger wird es etwas später: Sie fordern eine Marktintegration der sogenannten Erneuerbaren. – Nur ein paar Zeilen weiter fordern Sie aber das genaue Gegenteil, nämlich eine Befreiung der Wasserstoffelektrolyse von der EEG-Umlagepflicht, eine Befreiung der Eigentümer von kleinen PV-Anlagen von der Pflicht zum Einbau von Smart Meter – das wäre dann zu teuer – sowie eine Erhöhung der Mieterstromzulage.

Es kommt allerdings noch viel dicker: Sie fordern ganz ernsthaft, dass die Eigentümer von kleineren und mittleren PV-Anlagen auf ihre fette Rendite aus diesen Anlagen noch nicht mal Einkommensteuer zahlen müssen. Die Politik der CDU und der FDP ist also ein „Weiter so“ der Politik der SPD: Nehmt den Armen, und gebt den Reichen.

Es geht in Ihrem Antrag aber noch weiter: Als Nächstes fordern Sie, dass alle Akteure der sogenannten Energiewende vor Projektschäden geschützt werden. Als Beispiel nennen Sie den Schutz der Investoren von Offshorewindindustrieanlagen vor Herstellerinsolvenzen.

Tja, wer möchte davor nicht geschützt werden? Wenn ich einen Bau habe und der Handwerker geht pleite, würde ich auch gerne geschützt werden. Wer hätte sich das nicht bei dem Bauunternehmer Schneider gewünscht? Sie erinnern sich an die Peanuts.

Die normalen Bürger bleiben ungeschützt, aber die Akteure der Energiewende, diejenigen, die dort investieren, sollen nicht nur eine fette Rendite kassieren, sondern das Ganze soll möglichst auch noch risikolos sein.

Ihr Antrag ist deshalb ein Schlag ins Gesicht all der fleißigen Bürger in Deutschland, die Ihre Lobbyarbeit am Ende bezahlen müssen. Wir lehnen Ihren Antrag deshalb im Sinne unserer Bürger ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Jetzt hat das Wort Herr Minister Professor Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Vielen Dank.

– Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte hat gezeigt: Mit Ausnahme einer Fraktion suchen alle nach Wegen, um die Klimaherausforderung für unser Land und auch für die Menschen gut bewältigen zu können.

Dafür ist die Energiewende natürlich von zentraler Bedeutung. Hierzu sind im Landtag und auch im Bundestag bereits wegweisende Entscheidungen getroffen worden.

Wir wissen, was zu tun ist: Wir brauchen die Erneuerbaren, wir wollen die Erneuerbaren, aber wir wollen die Erneuerbaren so wirtschaftlich und so nachhaltig wie möglich. Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen.

Deswegen ist es ganz hervorragend, was CDU und FDP beantragt haben, nämlich eine Finanzierung der Erneuerbaren, die uns in Zukunft genau die Voraussetzungen bietet, die wir brauchen, damit die Erneuerbaren wirtschaftlich und für die Bürger auch akzeptabel ausgebaut werden können.

(Beifall von der FDP und von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das müssen wir auch kräftig vorantreiben; das ist gar keine Frage.

Das 65-Prozent-Ziel für 2030 ist richtig, aber man darf es nicht statisch, sondern muss es dynamisch betrachten; da ist der Entwurf der Bundesregierung noch nicht ambitioniert genug. Das heißt, es werden noch zusätzliche Anforderungen gestellt.

Frau Brems, es wird nicht besser, wenn Sie sich immer wieder gegen Offshore stellen. Offshore gehört eben auch dazu; sonst wird es nicht gelingen.

(Zurufe von Wibke Brems [GRÜNE] und Dr. Christian Blex [AfD])

Offshore heißt auch: Wir brauchen Netze. Die Netze sind im Ausbau, aber es nützt nichts, Frau Brems, wenn Sie hier immer nur fordern, noch schneller aus irgendetwas auszusteigen. Sie müssen sagen, wo Sie schneller einsteigen und wie Sie die Voraussetzungen dafür schaffen wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen ist richtig, was in dem Antrag steht: Wir müssen die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und die Verantwortung gesamtstaatlich wahrnehmen.

Wir müssen auch die Rahmenbedingungen schaffen. Wenn die Erneuerbaren einen höheren Marktanteil haben – beim Strom haben sie in diesem Jahr schon einen Anteil von 50 % –, können wir sie nicht dauerhaft subventionieren, sondern sie müssen sich für marktwirtschaftliche Instrumente öffnen. Das kann gar nicht anders sein.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Es gibt bereits sehr gute Instrumente wie beispielsweise Power Purchase Agreements, die von der Wirtschaft und Energieversorgern genutzt werden. Es gibt also schon Lösungen.

Wir können ein Markteinführungsprogramm wie das EEG nach 20 Jahren nicht immer wieder fortschreiben. Wir dürfen auch nicht glauben, wir könnten es verbessern. Es ist mittlerweile – das wissen wir alle – ein bürokratisches Monster geworden.

Herr Vassiliadis hat es für die IG BCE unlängst gesagt: Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, wenn wir den Umbau zur klimaneutralen Industrie der Zukunft schaffen wollen, brauchen wir wettbewerbsfähige Industriestrompreise und kein EEG, wie es jetzt ist, sondern wir brauchen ein Level Playing Field, das Wirtschaftlichkeit und Ökologie zusammenbringt. Dafür leistet dieser Antrag hier wichtige Voraussetzungen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Brems, es ist kleinmütig zu sagen, dass die Anhörung der Länder erfolgt wäre. Die Beratungen im Bundestag laufen doch noch. Der Bundesrat wird sich damit vor Weihnachten auch noch abschließend zu befassen haben. Nordrhein-Westfalen hat beim Energieministertreffen der Länder seine Punkte eingebracht.

Auch mit Ihren grünen Kollegen haben wir darüber gesprochen. Es gab eine grundsätzliche Bereitschaft, auch über diese Themen zu sprechen, nur bei den Lösungen ist man auch sehr zögerlich.

Wir haben ein bürokratisches Monster. Herr Trittin ist mit zwölf Paragrafen gestartet, jetzt haben wir 100. Dieses Recht widerspricht sich auch gegenseitig.

Wir müssten Anreize schaffen, dass Unternehmen schneller auf Erneuerbare umsteigen, aber wir nehmen auf der anderen Seite stromkostenintensive Unternehmen zu Recht erst einmal heraus.

Wir schaffen Ausnahmeregelungen für Eigenstromerzeugung und damit eine riesige Regelungskomplexität. Damit nehmen wir den Anreiz für Energieeffizienz.

Besonders bitter verspüren wir, dass das EEG mitten in der Krise auch noch krisenverschärfend wirkt, so dass jetzt aus dem Bundeshaushalt die EEG-Umlage gedeckelt werden muss, sonst würde sie die Stromkosten weiter massiv erhöhen.

Wir brauchen mehr Mut für eine Reform des EEG, für eine nachhaltige Finanzierung der Energiewende. Wir brauchen mehr marktwirtschaftliche Instrumente und vor allen Dingen einen zügigen Ausbau der Infrastruktur, damit wir die Erneuerbaren für die Haushalte, für die Industrie verfügbar haben.

Wir brauchen auch ein System, das sicherstellt, dass wir beim Wasserstoff schneller vorangehen können,

dass die Eigenstromnutzung nicht künstlich verteuert wird.

All das steht im Antrag. Wir fühlen uns sehr unterstützt und bedanken uns herzlich für die Initiative.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen haben wir nicht.

Wir kommen zur direkten Abstimmung über den Antrag von CDU und FDP, den wir gerade diskutiert haben, Drucksache 17/11844. Wer stimmt diesem Antrag zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, AfD und Herr Neppe, fraktionslos, stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die sehen wir nicht. Damit ist das Ergebnis eindeutig: Die Koalitionsfraktionen haben mit ihrer Mehrheit diesen **Antrag Drucksache 17/11844 beschlossen**.

Wir müssen zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11960 abstimmen. Wer ist für diese Entschließung? – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU, FDP, AfD und Herr Neppe, fraktionslos, sind dagegen. Gibt es Enthaltungen? Die gibt es augenscheinlich nicht. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/11960 abgelehnt** (Nachtrag zu der Abstimmung siehe im Plenarprotokoll der 111. Sitzung nach TOP 2).

Ich rufe auf:

8 Von der Illusion zur Realität – Mangel im sozialen Wohnungsbau gerecht verteilen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11851

Die Aussprache ist eröffnet. Für die AfD-Fraktion hat Herr Beckamp das Wort.

Roger Beckamp (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwei Lesarten der gleichen Geschichte werden hier immer wieder vorgetragen:

Einerseits drohe der Abgrund bei der Versorgung mit Sozialwohnungen, sodass viel mehr Geld für den Bau von Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden müsse.

Andererseits wird gesagt, dass niemand so viel Geld für Sozialwohnungen zur Verfügung stellt wie NRW und alle Möglichkeiten genutzt würden, um Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren.

Ehrlich gesagt stimmen beide Geschichten auf ihre Weise einigermaßen. Was schlussfolgern wir daraus? – Wir müssen uns endlich der Realität stellen. Es geht darum, den bereits vor 20 Jahren eingelei-

teten Paradigmenwechsel beim sozialen Wohnungsbau zu akzeptieren.

Die Förderung des Wohnungsbaus seit den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts zielte darauf ab, breiten Schichten der Bevölkerung den Zugang zu geeignetem und preiswertem Wohnraum zu verschaffen.

Mit dem seit dem 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Wohnraumförderungsgesetz wurde die Zielgruppe bewusst eingeschränkt, nämlich allein auf die Haushalte, die sich am Markt nicht selbst mit angemessenem Wohnraum versorgen können und deshalb auf Unterstützung angewiesen sind.

Im Zuge dieser Änderungen wurde die Gesetzgebungskompetenz für die soziale Wohnraumförderung im Jahr 2006 an die Länder zurückgegeben. Im Jahr 2019 wurde ebenfalls durch Grundgesetzänderung die Vergabe zweckgebundener Finanzhilfen des Bundes an die Länder für den Wohnungsbau ermöglicht.

Was war passiert? – Um die Jahrtausendwende hatten wir eine eher stark nachlassende Wohnungsnachfrage. Vor sowie nach der Finanzkrise 2008 – Sie erinnern sich, da war etwas – waren viele froh, ihre Immobilienbestände an sogenannte – die SPD hat den Begriff geprägt – Heuschrecken verkaufen zu können.

Es kam zu einem Ausverkauf insbesondere von kommunalem Wohneigentum. Auch NRW kann davon ein Lied singen. Hunderttausende von Wohnungen wechselten die Eigentümer, um öffentliche Kassen zu sanieren.

Um die Jahrtausendwende wurden bundesweit zeitweise über eine Viertelmillion Wohnungen pro Jahr von ausländischen Kapitalanlegern erworben. Dabei ging es um Wohnungen vom Bund, von Ländern und von Kommunen.

Dann kam 2015: die unkontrollierte Masseneinwanderung. Auf einmal wurden viele zusätzliche Wohnungen gebraucht. Auch vorher war der Markt schon angespannt: viele Arbeitsplätze in den Städten. Studenten und Arbeitskräfte drängten dorthin, aber zusätzlich kamen eben auch noch Hunderttausende Fernzuwanderungsgewinne.

Diese schon seit 2014 signifikant ansteigende Gruppe drängt eben auch noch auf den Markt und ist auch noch Wohnungsnachfrager. Damit stehen wir vor einem Verteilungsproblem, weil wenig preiswertem Wohnraum viel Nachfrage gegenübersteht.

Die Zahl der Personen, die sich die Mühe macht, einen sogenannten Wohnberechtigungsschein zu beantragen, um sozial geförderten Wohnraum zu erhalten, liegt in NRW bei ca. 90.000 Haushalten.

Diese Haushalte tun das, obwohl es wahnsinnig schlechte Chancen gibt, überhaupt eine Wohnung zu bekommen. Das Ganze ist in den Großstädten eher

eine Art Lotterie: Vielleicht gewinnt man, in der Regel aber nicht.

Die Zahlen, die die NRW.BANK jährlich veröffentlicht, sprechen eine eindeutige Sprache: Das Ergebnis der Förderpolitik bleibt trotz der hohen Anstrengungen weit hinter der notwendigen Zahl der Wohnungen zurück.

Die Wirklichkeit kann also bitter sein: Zuerst Hunderttausende Wohnungen zum falschen Zeitpunkt verramscht, und dann – wieder zum falschen Zeitpunkt – bei einem völlig überhitzten Immobilienmarkt und den höchsten Baustandards viel und preiswert bauen wollen. Das alles klappt nicht so richtig; das erleben wir seit Jahren immer mehr.

Deshalb ist es an der Zeit, die notwendigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen – darum geht es in unserem Antrag – und sich ehrlich zu machen: Die Verteilung des begrenzten sozialen Wohnraums ist vom Gesetzgeber nicht als Lotteriespiel gedacht, auch wenn Sie das vielleicht bisher gemeint haben.

Wer einen berechtigten Anspruch hat, für den sollte auch der Zugang zu einer solchen Wohnung gewährleistet werden. Was nutzt mir die bloße Aussicht?

Gelingt dies auf der Angebotsseite nicht – es gibt eben nicht so viele Wohnungen –, muss man vielleicht einmal auf die Nachfrageseite schauen. Der Kreis derjenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, um sich mit angemessenem Wohnraum günstig zu versorgen, ist also entsprechend einzugrenzen. Entsprechend sind die Anforderungen so auszugestalten, dass die Zielgruppe, die wirklich bedürftig ist, erreicht wird.

Ein plastisches Beispiel aus dem Leben: Dann werden nämlich vorrangig Busfahrer und Krankenschwestern mit einem Jahresgehalt von 30.000 Euro und nicht Gewerkschaftssekretäre mit deutlich über 40.000 Euro mit günstigem Wohnraum versorgt.

Dazu, den Mangel gerecht zu verwalten, gehört übrigens auch: Offene Grenzen und Sozialstaat schließen sich aus. Das wussten Sie aber bereits; Sie haben es nur so oft vergessen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Beckamp. – Jetzt spricht Herr Schruppf für die CDU-Fraktion.

Fabian Schruppf (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ein typischer AfD-Antrag, der wieder deutlich macht, dass es der AfD nicht darum geht, Probleme zu lösen, sondern die Gesellschaft ausschließlich in ihrem Sinne zu spalten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN sowie von Henning Höne [FDP])

Sie greifen sich eine wohnungspolitische Herausforderung, nämlich die gerechte Verteilung von öffentlich geförderten Wohnungen heraus, beschreiben ausgiebig das Problem und kommen dann zu der Behauptung, die – Zitat – Masseneinwanderung von Flüchtlingen sei schuld.

So verbreiten Sie subtil Ihre menschenverachtende Ideologie, die ausschließlich darauf abzielt, Flüchtlinge zum Sündenbock für aktuelle Krisenerscheinungen zu machen.

Durch diese Projektion auf einen Sündenbock erhoffen Sie sich wohl ausschließlich eine identitätsstiftende Wirkung unter Ihren eigenen Anhängern. Diese zersetzende Vorgehensweise disqualifiziert Ihren Antrag bereits vollständig.

Zu den Fakten verweise ich gerne auf die aktuelle Wohnungsmarktprognose vom 5. November 2020, die bis in das Jahr 2040 reicht. Demnach hat sich die Zuwanderung deutlich abgeschwächt: Im Jahr 2019 kamen rund 26.000 Asylsuchende nach Nordrhein-Westfalen, was einen Rückgang um rund 15 % zum Vorjahr darstellt.

Auch Minister Stamp hat in der vergangenen Woche Zahlen bekannt gegeben, die diesen Rückgang bestätigen. Demnach sind in diesem Jahr bis Ende September rund 13.500 Asylsuchende nach Nordrhein-Westfalen gekommen.

Statt also wie die AfD einen Sündenbock zu suchen und die Gesellschaft zu spalten, lösen wir die Probleme der Menschen in unserem Land. Mit dem Haushalt 2021 werden wir das Wohngeld um 106 Millionen Euro aufstocken, was eine Erhöhung um rund 33 % im Vergleich zum Vorjahr darstellt.

Hinzu kommen erneut satte 1,1 Milliarden Euro in der öffentlichen Wohnraumförderung, deren Förderkriterien erneut modernisiert und vereinfacht werden.

Wir stärken damit den mietpreisgebundenen Geschosswohnungsbau, die Modernisierung von Wohnraum und den Erwerb von Wohneigentum. Hierzu heißt es in der aktuellen Wohnungsmarktprognose – ich zitiere –:

„Das Land Nordrhein-Westfalen hat effektive Wohnraumförderprogramme, die fortgeschrieben und weiterentwickelt werden. Diese und die Kooperationen mit der Bau- und Wohnungswirtschaft auf lokaler Ebene sind eine wichtige Säule für bezahlbaren Wohnungsneubau.“

Natürlich bestehen im Bereich Bauen und Wohnen auch weiterhin große Herausforderungen, denen wir uns stellen. Dafür brauchen wir sicherlich keine Anträge der AfD. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schrumpf. – Jetzt spricht Herr Becker für die SPD-Fraktion.

(Zuruf: Nicht Herr Becker!)

– Nicht Herr Becker? Bei mir steht Andreas Becker. – Herr Zimkeit, dann haben Sie das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Stefan Zimkeit¹⁾ (SPD): Danke schön. Herr Kollege Becker muss sich leider entschuldigen lassen, aber er ist hier als versierter wohnungspolitischer Sprecher ohnehin nicht gefragt, weil sich auf der Grundlage dieses Antrags keine ernsthafte wohnungspolitische Debatte führen lässt.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Dr. Ralf Nolten [CDU] und Stefan Lenzen [FDP])

Deshalb will ich auch nur ganz kurz darauf eingehen, dass er auch nicht dazu geeignet ist, sich seitens der Regierungsfaktionen für ihre Wohnungsbaupolitik gegenseitig auf die Schultern zu klopfen.

Lesen Sie einmal, was der DGB, der Mieterschutzbund und viele andere zu Ihrer unsozialen und auch mieterfeindlichen Politik in dem Bereich sagen. Das sollten wir aber an anderer Stelle ernsthaft diskutieren.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Dafür, dass Sie nicht fachkundig sind, legen Sie ganz schön los!)

Dieser Antrag – da sollten wir uns einig sein – hat ein Ziel: Er soll spalten. Wenn ausgerechnet die Realitätsverweigerer von rechts die Rückkehr zur Realität fordern, wissen wir, um was es geht:

Es geht nicht um Problemlösungen, sondern es geht um Populismus, es geht um Ausgrenzung, und es geht um unsoziale Maßnahmen. Deshalb hat es dieser Antrag eigentlich nicht verdient, überwiesen zu werden. Da wir uns aber im Gegensatz zu anderen in diesem Haus an demokratische Spielregeln halten, werden wir der Überweisung zustimmen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Zimkeit. – Nun spricht Herr Paul für die FDP-Fraktion.

Stephen Paul (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man ist wirklich versucht zu sagen: Über Wohnungspolitik – auch über die Wohnraumförderung und den Mangel, den Sie im öffentlich geförderten Wohnungsbau beklagen – sprechen wir oft genug im Ausschuss; das müssen wir nicht am Freitagnachmittag machen. Wir wollen aber jeden Antrag ernst nehmen.

(Zuruf von Roger Beckamp [AfD])

Wir können den Antrag an den Ausschuss überweisen, aber ich kann Ihnen heute schon sagen: Dieser Antrag ist echt so über.

In § 13 WFNG sind ganz klare Einkommenskriterien angegeben, an denen man nicht so einfach politisch herumdoktern kann. Man muss auch wissen, dass jede Verschärfung gerade Mitbürger mit niedrigem Einkommen trifft. Es ist erstaunlich, dass die AfD das will.

Die Eigentumsförderung haben wir attraktiver gestaltet; Fabian Schrumpf hat dazu ausgeführt. Das Wohngeld ist erhöht worden und wird ab dem Jahr 2022 dynamisiert.

Ich finde, der ganze Antrag ist schon falsch angelegt: den Mangel gerecht verteilen. – Haben Sie denn aus dem Scheitern des Sozialismus als AfD nichts gelernt?

(Beifall von der FDP und von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

In Nordrhein-Westfalen müssen wir mehr neu bauen, weiter modernisieren, ein positives gesellschaftliches Klima für den Wohnungsbau schaffen sowie die geeigneten rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen weiter pflegen. Das ist der richtige Weg, den wir bereits erfolgreich gehen. – Ich wünsche Ihnen und euch allen ein gesegnetes Wochenende und einen frohen ersten Advent.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Paul. – Jetzt spricht Herr Klocke für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon viel, fast zu viel zu dem Antrag gesagt worden. Allein durch die Überschrift wird deutlich, dass das einfach wirres Zeug ist: „Mangel im sozialen Wohnungsbau gerecht verteilen.“

Die anderen Fraktionen wollen mit Sicherheit den bestehenden Mangel im sozialen Wohnungsbau nicht gerecht verteilen, sondern wir wollen ihn beheben. Wir wollen wirksame Instrumente, damit auch Teilhabe im Bereich des Wohnens gewährleistet ist.

Allein mit der Überschrift machen Sie deutlich, dass das Ganze in die Irre führt.

Die Instrumente, die es dafür gibt, haben wir ausführlich und schon mehrfach diskutiert. Was Sie als Analyse anführen, nämlich, es müsse mehr preisgebundenen Wohnraum geben, ist ja richtig. Die gesamte Aufzählung der Maßnahmen, die Sie uns vorschlagen, führt aber in die Irre.

Sie schlagen vor, die Bedingung für die Möglichkeit zum Erhalt eines Wohnberechtigungsscheins zu verschärfen. Das hilft niemandem – die Kriterien wurden vorhin genannt –, da es auf dem Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen, also da, wo Wohnberechtigungsscheine mehrheitlich genutzt werden, keine Alternativen für die Wohnungssuchenden gibt. Eine Erhöhung der Einkommensgrenzen führt in der Sache nicht weiter, sondern in die Irre. Außerdem ist es schlicht so, dass die Mieten im Vergleich zum verfügbaren Einkommen für viele Menschen in Nordrhein-Westfalen zu hoch sind. Das ist ein zusätzliches Armutsrisiko, weil die Mieten insbesondere in den Ballungsräumen steigen. Die Instrumente, die Sie in Ihrem Antrag vorschlagen, sind das Gegenteil von dem, was die Menschen brauchen. So viel zu Ihren Forderungen.

Als Gründe führen Sie – alles andere wäre bei der AfD ein Wunder gewesen – die Massenzuwanderung an, wie Sie es nennen. Allein das Wort zu nennen, verbietet sich hier am Redepult eigentlich. Die Kollegen von CDU und FDP haben es soeben ausgeführt: Wir haben eine deutlich sinkende Zuwanderung, aber weiterhin ein großes Problem auf dem Wohnungsmarkt. Zu viele Wohnungen fallen aus der Preisbindung. Wir müssen dringend bezahlbaren Wohnraum schaffen. Dafür gibt es im Land gute Instrumente; diese müssen verbessert und ausgeweitet werden.

Außerdem haben wir in diesem Land Mieterschutzbestimmungen. Diese sind in den letzten Monaten leider geschliffen worden. Da sind Maßstäbe abgesenkt worden, die wir in rot-grüner Regierungszeit auf den Weg gebracht haben. Das haben wir deutlich kritisiert. Es wäre gut, darüber in Bezug auf die Städte und dortigen besonderen Mieterschutz noch einmal zu diskutieren. Das wäre eine Debatte wert. Was Sie hier vorgelegt haben, ist aber keine Debatte wert. Die Kolleginnen und Kollegen haben eben schon gesagt, man müsse die Überweisung des Antrags eigentlich ablehnen. Aus demokratischen Prinzipien werden wir ihr zustimmen. Dieser Antrag wird von grüner Seite aber auf gar keinen Fall Zustimmung finden.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen ein gutes Wochenende. Ich hoffe, dass Sie am Wochenende gute Gedanken haben werden und Ihnen nicht ähnliche Sachen wie der AfD einfallen. Da bin ich aber ziemlich sicher. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Weiterhin gute Beratungen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Klocke. – Nun hat Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Zu diesem vorliegenden Antrag ist viel Richtiges gesagt worden. Auch die Landesregierung erstaunt, dass sich die antragstellende Fraktion dafür ausspricht, den Zugang zu Wohnberechtigungsscheinen restriktiver zu gestalten.

Was heißt das am Ende? – Um in den Bildern zu bleiben, die die antragstellende Fraktion hier ganz gerne hervorruft: Viele Wohnberechtigungsscheinempfängerinnen und -empfänger sind lebensältere Frauen, deren Rente nicht ausreicht und die auf dem Wege eines Wohnberechtigungsscheins eine staatliche Unterstützung bekommen. – Es wundert mich, dass ausgerechnet Sie sagen, diese Frauen sollten keinen Wohnberechtigungsschein erhalten.

(Beifall von der CDU, der FDP und Regina Kopp-Herr [SPD])

Das ist doch eigentlich die Klientel, auf die Sie abzielen, um es mal so zu sagen.

Vor diesem Hintergrund und allein aus diesem Grund schießt der Antrag ziemlich an der Realität vorbei.

Außerdem – das ist ein Grundprinzip der Bundesrepublik Deutschland – schauen wir bei der Vergabe von Unterstützungsleistungen des Staates und einer Umverteilung der von uns allen aufgebrauchten Steuermittel nicht darauf, woher jemand kommt oder welche Hautfarbe, welche Religion oder welches Geschlecht er hat. Wenn jemand eine Unterstützung braucht, dann bekommt er sie. So bleibt das auch.

(Beifall von der CDU, Regina Kopp-Herr [SPD] und Henning Höne [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Beckamp?

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Beckamp.

Roger Beckamp (AfD): Vielen Dank. – Frau Ministerin, Sie haben eben gesagt, wir sprächen uns in unserem Antrag dafür aus, dass insbesondere alleinerziehende bzw. alleinstehende Frauen mit nicht so hohem Einkommen keinen Wohnberechtigungsschein bekommen sollten und damit am Wohnungsmarkt nur schwer zu versorgen seien. Das ist nicht der Fall.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Beckamp, Sie stellen bitte eine Frage.

Roger Beckamp (AfD): Im Gegenteil: Wir wollen schlicht die Einkommensgrenzen absenken. – Daher die Frage: Wie wollen Sie denn Mangel verwalten, wenn zu wenig da ist? Das ist doch die Frage, die wir beantworten und um die Sie herumreden.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Das ist eine sehr spannende Frage. Sie wollen die Einkommensgrenzen absenken. Der Personenkreis, der zum Erhalt von Wohnberechtigungsunterstützungsleistungen berechtigt wäre, soll also kleiner werden. Damit schließen Sie Bevölkerungsteile von der Möglichkeit, einen Wohnberechtigungsschein und damit eine staatliche Unterstützung zu bekommen, aus.

(Beifall von der FDP)

In Nordrhein-Westfalen gehen wir, offen gesagt, genau den gegenteiligen Weg. Im Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen haben wir für die Beantragung eines Wohnberechtigungsscheins eine Dynamisierungsklausel eingezogen. Die Folge daraus ist, dass wir zu einer periodischen Erhöhung der Einkommensgrenze auf Basis des Verbraucherpreisindex kommen.

Wir haben hier schließlich immer wieder darüber diskutiert, dass die Einkommensgrenzen zu starr sind und damit vielen, die einer Unterstützung bedürfen, nicht angemessen Rechnung getragen werden kann. Deswegen haben wir zusammen das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum in Nordrhein-Westfalen entsprechend geändert: Die Einkommensgrenzen wurden dynamisiert und passen sich damit Veränderungen in der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen an.

Wir haben über die Bundesebene noch etwas anderes getan, worüber ich persönlich sehr froh bin. Es ist zum einen gelungen, auch dort eine Dynamisierung einzuziehen. Zum anderen wurden seit dem 1. Januar 2020 die staatlichen Zuschüsse für Geringverdienerinnen und Geringverdiener um durchschnittlich 30 % erhöht und die Höchstbeträge des Wohngeldes regional gestaffelt angehoben. Das berücksichtigt nämlich die Heterogenität der Wohnungsmärkte in der Bundesrepublik.

Allein mit diesen wenigen Ausführungen mache ich wohl deutlich, wie fehlgesteuert der vorliegende Antrag vor diesem Hintergrund eigentlich ist bzw. wie sehr er an der Realität vorbeigeht. Wir werden uns aber ja weiter über ihn austauschen.

Auch von meiner Seite aus wünsche ich Ihnen einen schönen ersten Advent. Er wird in diesem Jahr anders sein, wir lassen aber trotzdem gemeinsam die Kerzen leuchten, und darum geht es. Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Arndt Klocke [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank Frau Ministerin Scharrenbach. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 17/11851 an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und die abschließende Beratung und Abstimmung dort in öffentlicher Sitzung. Wer hat etwas dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen?

(Dr. Günther Bergmann [CDU] und Jens-Peter Nettekoven [CDU] heben die Hand.)

– Das wird aufgenommen. Ansonsten ist die **Überweisung erfolgt**. Enthaltungen dazu kommen selten vor, aber das war ein schöner Gag. Das muss man schon sagen.

Es liegt nun nichts Weiteres vor. Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich schließe mich den guten Wünschen zum ersten Advent ausdrücklich an, wünsche Ihnen allen einen besinnlichen ersten Advent und einen guten Einstieg in den letzten Monat des Jahres.

Das Plenum berufe ich wieder für Mittwoch, den 16. Dezember 2020, um 10:00 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen einen schönen und angenehmen Nachmittag und Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:38

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.